Nr. 33 / 2018

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

24-STD.-STREIK BEI AIRBUS

ADOLPH FISCHER, EIN ANARCHIST AUS BREMEN. ZUR GESCHICHTE DES 1. MAI ‹3› NEUES HEIMGESETZ UND PERSONALVERORDNUNG FÜR BREMEN ‹7› PFLEGEKAMMERN ALS HEILSBRINGER? ‹9› MOBA – HILFE FÜR MOBILBESCHÄFTIGTE ‹10› TARIFRUNDE IG METALL 2017/18 ‹13› RASSISMUS IN DEUTSCHLAND ‹14› BURGFRIEDEN UND MASSENSTREIK. ZUR BREMER RÄTEREPUBLIK ‹22› WAHL IN ITALIEN ‹27› WAS WIRD AUS DEM »KLEINEN GALLISCHEN DORF« HOLSTEINER STRASSE? ‹30›

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser, der 1. Mai ist auch in diesem Jahr wieder Thema in der WIR – zunächst der Aufruf zur DGB-Demonstration. Wir sehen uns am 1. Mai?
Wir gehen zurück zum Ausgangspunkt für die Tradition der internationalen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, den 1. Mai zum Kampftag der Arbeiterklasse zu erklären: dem Streik in Chicago 1886, der mit dem Massaker auf dem Haymarket und mehreren unberechtigten Todesurteilen endete. Auch ein Bremer war unter den Hingerichteten. Aber auch die aktuellen Themen aus der Arbeitswelt rund um den 1. Mai bewegen uns: die Tarifrunde der IG-Metall in diesem Frühjahr, die Themen Pflegenotstand und Pflegekammern, die Bemühungen der extremen Ausbeutung mobiler Beschäftigter etwas entgegenzusetzen.
Redaktionsmitglieder berichten über Erfahrungen mit (Alltags-)Rassismus in Deutschland und mit Initiativen, die diesen nicht hinnehmen. Und einige historische Gedenktage stehen in diesem Jahr an: die Bremer Räterepublik und der 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier. Die WIR hofft auf euer Interesse und Rückmeldungen an die Adresse im Impressum auf Seite 31.

Die WIR gibt's auch online unter **www.aulbremen.de >Projekte >Seniorenzeitung WIR**

Inhalt

3 **Adolph Fischer, ein Anarchist aus Bremen und der Weg zum 1. Mai als Tag der internationalen Arbeiterbewegung**
Margot Müller

7 **Neues Heimgesetz und Personalverordnung für Bremen: Politik ignoriert weiter Pflege-Experten und Betroffene. Rot-Grüne Regierungsmehrheit setzt sich durch**
Reinhard Leopold

9 **Pflegekammern: Heilsbringer –oder nur ein teurer Kostenfaktor für Pflegekräfte?**
Marita Froese-Sarimun

10 **MoBA – Hilfe für Mobilbeschäftigte Interview mit Agnieszka Lason und Ognyana Ivanova**
Orhan Çalışır

13 **Tarifrunde IG Metall 2017/18 – beendet?**
Udo Hannemann

14 **Alltagsrassismus oder die Geschichte eines Indonesiers, der 45 Jahre bei uns lebte**
Marita Froese-Sarimun

17 **Rassismus in Deutschland**
Bernd Krause

20 **Blumen und Kerzen für Laye Alama Condé**
Traudel Kassel

21 **De EU maakt sik sülvst de afrikanschen Flüchtlinge**
Holger Zantopp

22 **Burgfrieden und Massenstreik – Die holperige Vorgeschichte der Bremer Räterepublik**
Achim Saur

25 **Trier, die Stadt der »alten Römer« und von Karl Marx**
Margot Müller

27 **Italien ... auf in ein neues Abenteuer**
Bettina Weise

28 **Grund der Ausweisung: »Lästiger Ausländer (= Sprechende Akten)**
Eva Schöck-Quinteros, Reiner Meissner

31 **Treffen gewerkschaftlicher SeniorInnen-Gruppen in Bremen**

30 **Was wird aus dem »kleinen gallischen Dorf« Holsteiner Straße?**
Traudel Kassel

31 **Impressum**

Margot Müller

Bombenexplosion auf dem Haymarket

Adolph Fischer, ein Anarchist aus Bremen

und der Weg zum 1. Mai als Tag der internationalen Arbeiterbewegung

Nach Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges wurde Chicago, die aufstrebende Stadt am Michigansee, ein Zentrum der mit wachsender Geschwindigkeit einsetzenden Industrialisierung der USA.
Hier in Chicago, dem gnadenlos boomenden Herzen Amerikas, entstanden die größten Schlachthöfe der Welt. Hier wurden die Tiere schnell und brutal getötet – die dort arbeitenden Männer, Frauen und Kinder langsam, durch wechselnde Hitze und Kälte, unvorstellbare hygienische Bedingungen, Verbrühungen, Schnittverletzungen oder sie starben einfach an Erschöpfung nach zwölfstündigem Arbeitstag bei schlechter Ernährung.
Kaum besser waren die Arbeitsbedingungen in der Stahlindustrie, dem Eisenbahnbau, dem Waggonbau, dem Landmaschinenbau, in den Holzfällercamps und der Textil- und Schuhfertigung, um nur die bedeutendsten Industriebereiche zu nennen. Die machtvolle wirtschaftliche Expansion wurde immer wieder von Depressionsphasen mit Massenarbeitslosigkeit unterbrochen.

Bezeichnend für die Haltung des christlichen, wohlhabenden und gebildeten Bürgertums – ja ›gebildet‹, denn auch Bildung kann man sich für Geld kaufen – gegenüber dem arbeitslosen Industrieproletariat ist dieser Rat aus der Chicagoer »Tribune«:

> **»Der einfachste Plan ist, den Arbeitslosen und Bettlern statt Butter Arsenik aufs Brot zu streuen. Das bewirkt in kürzester Frist den Tod und ist anderen Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten.«**

Der Industrie Chicagos strömten Massen von Einwanderern aus Europa zu. In den 1880er Jahren bestanden rund 80 % der Einwohner aus Einwanderern der ersten und

zweiten Generation. Die Einwanderer ab der dritten Generation, die sich als Alteingesessene fühlten und sich »native-born Americans« nannten, lehnten mehrheitlich die Neuankömmlinge und ihre aus Europa mitgebrachten Sprachen, Dialekte, Sitten und Gewohnheiten ab. Die verschiedenen ethnischen Gruppen ihrerseits brachten ihre wechselseitigen Vorurteile mit über den Ozean: Deutsche gegen Engländer, Engländer gegen Iren, Iren gegen Skandinavier und alle gegen die Südeuropäer (Diese Auflistung drückt selbstverständlich auch ein Vorurteil aus!). Das veranlasste die Neuankömmlinge ›Heimat‹ in den eigenen Vereinen mit den eigenen Zeitungen, den separaten Kirchen und den getrennten Wohnvierteln zu suchen.

Arbeiterforderung nach dem 8-Stunden-Tag

Nach dem großen Brand von 1871, legten sich beim Neuaufbau die Wohnviertel der Armen wie in konzentrischen Halbkreisen von Norden nach Süden Schicht um Schicht um den prachtvoll modernen Stadtkern. Dieses ›Slumproblem‹ wurde von den Gesundheits- und Polizeibehörden nur unter dem Gesichtspunkt der angeblichen ›Verkommenheit‹ und ›Sittenlosigkeit‹ der Bewohner zur Kenntnis genommen.

In dieser Lage bildeten sich die ersten amerikanischen Gewerkschaften – Chicago war eine ihrer Keimzellen, und so ist es kein Zufall, dass Jahre später (1905) die Union der Industrial Workers of the World, IWW, eben dort in Chicago gegründet wurde.

1886 rief die erstarkende nordamerikanische Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtstundentags zum Generalstreik Anfang Mai auf. Es kam daraufhin zu Massenstreiks und Demonstrationen in allen Industrieregionen des Landes.
Auch in Chicago solidarisierten sich u. a. in einer Fabrik für landwirtschaftliche Geräte im April die Mehrheit der Arbeiter mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und traten in den Streik gegen den üblichen 12-Stunden-Arbeitstag. Die Geschäftsleitung reagierte mit Massenaussperrungen und versuchte Streikbrecher einzusetzen, was weitgehend misslang. Auch infolge der Kampagnen der sozialistischen Arbeiter-Zeitung meldeten sich nur wenige neue Arbeiter zu Streikbrecherdiensten.

Drei Wochen später hielt August Spies, der Chefredakteur und Herausgeber der *Arbeiter-Zeitung* (die in deutscher Sprache erschien), am Abend des 1. Mai 1886 auf einer Arbeiterversammlung auf dem Haymarket in Chicago eine Rede. Nach der Haymarket-Versammlung – sie wird manchmal als der Ursprung des Klassenbewusstseins in den USA angesehen – folgte ein mehrtägiger Streik in Chicago und führte zunächst am 3. Mai zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, bei der zwei Demonstranten getötet wurden. Bei einer Protestkundgebung am Tag darauf setzte die Polizei zur Stürmung der friedlichen Versammlung an; in der Situation warf ein – bis heute – Unbekannter eine Bombe, die einen Polizisten sofort tötete und zahlreiche Polizisten wie auch Demonstranten verletzte. Sechs weitere Polizisten starben an den Folgen des Bombenanschlags. Bei dem anschließenden Gefecht – andere Quellen sprechen glaubhaft davon, dass die Polizei in die weitgehend unbewaffnete Menge schoss – das in die US-Geschichte als *Haymarket Riot* eingegangen ist, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt, die Zahl ihrer Toten in der versammelten Menge blieb unbekannt.

Obgleich überhaupt niemand den Bombenwerfer erkannt hatte, wurden acht Männer, die den Streik mitorganisiert hatten, der Verschwörung und des Mordes angeklagt

und für schuldig befunden. Es gab keine Beweise für eine Verbindung der Angeklagten zu dem Bombenanschlag. Vielmehr argumentierte der Richter Joseph Gary, dass der Bombenwerfer auf Grund der Ideen der Männer gehandelt habe und diese damit ebenso schuldig seien, als hätten sie selbst den Anschlag verübt.

Albert R. Parsons, Schriftsetzer, 1848 in Montgomery, Alabama, USA geboren. Zum Tode verurteilt, am 11. Nov. 1887 gehängt.

August Spies, Möbelschreiner und Chefredakteur und Herausgeber der Arbeiter-Zeitung, 1855 in Burg Landeck, Deutschland geboren. Zum Tode verurteilt, am 11. Nov. 1887 gehängt.

Georg Engel, Anstreichergeselle, 1836 in Kassel, Kurhessen, Deutschland geboren. Zum Tode verurteilt, am 11. Nov. 1887 gehängt.

Adolph Fischer, Schriftsetzer, 1861 in Bremen, Deutschland geboren. Zum Tode verurteilt, am 11. Nov. 1887 gehängt.

Louis Lingg, Zimmermann, 1864 in Mannheim, Baden, Deutschland geboren. Zum Tode verurteilt, nahm sich 10. Nov. 1887 in der Zelle das Leben.

Michael Schwab, Buchbinder, 1853 in Kitzingen, Franken, Deutschland geboren. Zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt, nach 7 Jahren Haft als unschuldig entlassen.

Samuel Fielden, Fuhrmann, 1846 in Todmorden, England geboren. Zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt, nach 7 Jahren Haft als unschuldig entlassen.

Oskar Neebe, Klempner, 1850 in New York, USA geboren (in Deutschland aufgewachsen). Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, nach 7 Jahren Haft als unschuldig entlassen.

Diese acht Männer, sieben von ihnen Einwanderer der ersten Generation, fünf von ihnen in Deutschland geboren, die alle Gewerkschafter der frühen Organisationen waren und sich selbst sowohl als Sozialisten wie auch als Anarchisten bezeichneten – ihre Fahne war rot – wurden von einer

Die sieben zum Tode verurteilten Anarchisten vom Haymarket

willkürlich zusammengesetzten Jury, einem voreingenommenen Richter und einer aufgehetzten und aufhetzenden Presse verurteilt – sieben von ihnen zum Tod und der Letzte zu 15 Jahren Zuchthaus.

Adolph Fischer stammte aus Bremen. Wie seine Kameraden schrieb er seinen Lebensbericht und seine Verteidigungsrede selbst auf und die Texte sind erhalten geblieben. Er war mit 15 Jahren in die USA ausgewandert und erhielt dort eine solide Ausbildung als Schriftsetzer. Er war in Chicago verheiratet und Vater von drei Kindern. In seiner Geburtsstadt Bremen erinnert nichts an ihn. Die bürgerliche Geschichtsschreibung hat ihn ignoriert und wollte ihn vergessen

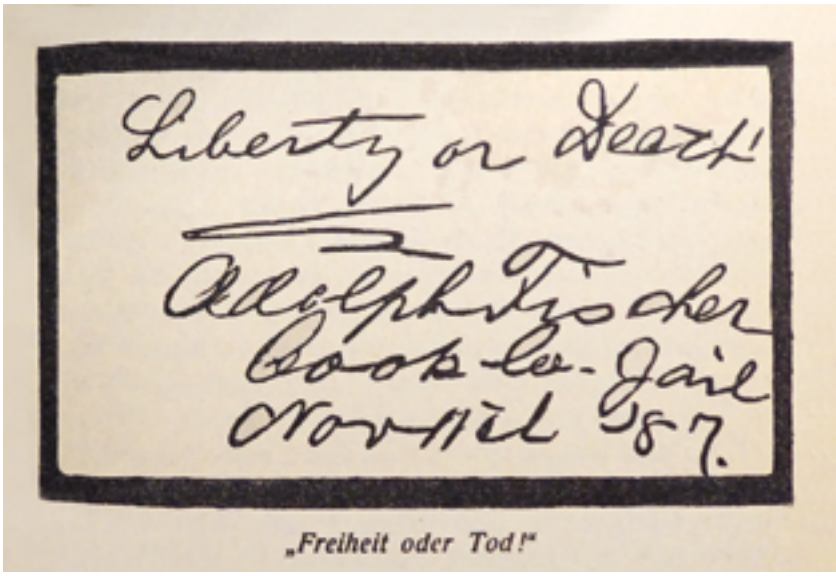
machen. Das ist ihr gelungen. Wenigstens wir sollten ab und zu an ihn denken.

Und so gönnen wir dem vielverleumdeten Anarchisten hier einmal das eigene Wort:

»Wenn die herrschende Klasse glaubt, dass sie durch unsere Hinrichtung, durch die Hinrichtung von ein paar Anarchisten, den Anarchismus ausrotten kann, befindet sie sich in einem schweren Irrtum. Einem Anarchisten ist seine Überzeugung teurer als sein Leben … Sie können unmöglich eine Idee töten, selbst wenn Sie dem Mann das Leben nehmen, der an sie glaubt. Je mehr Kämpfer für die gerechte Sache verfolgt wurden, umso schneller breiteten sich ihre Ideen aus … Dieses Urteil ist ein Todesspruch für die Redefreiheit, die Presse- und die Gedankenfreiheit in diesem Lande, und die Leute wissen das auch.«

Die letzten Worte der fünf zum Tode Verurteilten vor ihrer Hinrichtung am Galgen soll der Ruf: »Hoch die Anarchie« gewesen sein. Auch die Arbeiterbewegung braucht ihre Legenden.

Wohl 100.000 Menschen säumten die Straßen als die fünf ermordeten Gewerkschafter zum Friedhof gebracht wurden.
Die Arbeiter(familien) legten Cent um Cent zusammen, um auf dem Chicagoer Waldheim-Friedhof ihren Toten ein Monument auf dem gemeinsamen Grab zu errichten. An seinem Fuß stehen die Worte, die August Spies vor Gericht sprach: »The day will come, when our silence will be more powerful than the voices you are trottling today.« (Der Tag wird kommen, an dem unser Schweigen machtvoller ist, als unsere Stimmen, die ihr heute erdrosselt habt).



Freiheit oder Tod – letztes schriftliches Zeugnis von Adolph Fischer

1893 hob der demokratische Gouverneur von Illinois, John Peter Altgeld, die Urteile gegen die drei überlebenden Gefangenen auf. Es handelte sich nicht bloß um einen Akt der Begnadigung, sondern um die Anerkennung der Rechtsbrüche des Prozesses und die ausdrückliche Aufhebung eines Fehlurteils.

In den USA konnte der Achtstundentag erst 1938 im Zuge des New Deal unter Präsident Franklin D. Roosevelt als gesetzlicher Arbeitstag durchgesetzt werden.

Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 wurde zum Gedenken an die Opfer des »Haymarket Riot« der 1. Mai als »Kampftag der Arbeiterbewegung« ausgerufen. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser »Protest- und Gedenktag« mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.
Heute wird der 1. Mai in vielen Ländern der ganzen Welt gefeiert und ist auch häufig als ein gesetzlicher Feiertag anerkannt (aber das ist eine andere, auch nicht sehr erhebende Geschichte). Nur auf dem Nordamerikanischen Kontinent ist seine Bedeutung weitgehend unbekannt.

Der Artikel beruht im Wesentlichen auf Quellen aus dem Buch »Die deutschen Anarchisten von Chicago« von Horst Karasek, Verlag Klaus Wagenbach 1975, 1998 überarbeitet und ergänzt von Friederike Hausmann. Hier sind auch die Lebensgeschichten der verurteilten Anarchisten, von ihnen selber verfasst, und ihre Reden vor Gericht nachzulesen.

Reinhard Leopold

Neues Heimgesetz und Personalverordnung für Bremen:

Politik ignoriert weiter Pflege-Experten und Betroffene

Rot-grüne Regierungsmehrheit setzt sich durch

Nun wurde sie also am 8. März auch von der Sozialdeputation beschlossen, die Personalverordnung zum Bremer Heimgesetz. Ab April 2019 – also erst in einem Jahr – soll nachts ein Personalschlüssel von 1 : 40 vorgeschrieben werden. Aktuell hält man nachts eine Pflegefachkraft sogar für bis zu fünfzig pflegebedürftige, teils verwirrte, nachtaktive Bewohner für ausreichend.
Die Realität sieht dagegen teilweise deutlich krasser aus. Auf einem Angehörigenabend im Oktober letzten Jahres lautete beispielsweise die Antwort auf die gezielte Frage nach der Nachtbesetzung in einer Einrichtung eines privaten Anbieters 1 : 86 – und die Heimaufsicht hat Kenntnis davon!

Nach Beschlüssen der Bremischen Bürgerschaft sollte die Personalverordnung ebenso wie das Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz befristet und evaluiert werden. In dem am 15. Dezember 2017 veröffentlichten Gesetzestext war davon allerdings nichts zu lesen! Das Versäumte musste mit Hilfe eines Dringlichkeitsantrages aller Parteien nachgeholt werden – erst nachdem durch einen aufmerksamen und verantwortungsbewussten Bürger auf den Fehler hingewiesen wurde. Vorgesehen ist nun, dass das Gesetz bis Ende Dezember 2021 durch externe Gutachter evaluiert werden soll. Außerdem wurde es bis Ende Dezember 2022 tatsächlich befristet. Gleiches gilt nun also auch für die Personalverordnung.

Gesetzliche Vorgaben des bisherigen Heimgesetzes wurden nicht erfüllt.
Interessant ist, dass die nicht erfüllten gesetzlichen Vorgaben im bis Endes letzten Jahres gültigen BremWoBeG ohne Auswirkungen bleiben! Beispiel: Die Prüfberichte der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA) wurden bis heute nicht veröffentlicht – entgegen der Vorgabe in § 9 des bisherigen Heimgesetzes. Zur Begründung hieß es auf Nachfrage beim Sozialressort, dass man sich nicht mit den Anbietern darüber habe einigen können. Ebenso hat es bislang keine externe Evaluation des Gesetzes gegeben, obwohl es eigentlich hätte längst passieren müssen.
Ein Skandal, wenn geltendes Recht nicht umgesetzt wird!

Besonders irritierend ist auch die Ignoranz der politischen Entscheidungsträger bezüglich der aktuellen Versorgungssituation in den Bremer Pflegeheimen. Wie die monatlichen Veröffentlichungen der MDK-Prüfergebnisse durch den Verband der Ersatzkassen (VdeK) zeigen, ist die pflegerische und medizinische Versorgung *seit März 2016 in Bremen im Vergleich der Bundesländer am schlechtesten* – also seit deutlich mehr als 1,5 Jahren!

Ebenso nicht nachvollziehbar ist die Nichtbeachtung vorliegender Erkenntnisse und Forderungen von Wissenschaftlern, Pflegefachverbänden, Gewerkschaften in Bezug der Personalausstattung. So stellt eine Studie (2010 bis 2013) der Pflegewissenschaftler Prof. Christel Bienstein und Prof. Dr. Herbert Mayer der Universität Witten/Herdecke fest: *»72 Prozent der Pflegenden sind nachts alleine für die Station zuständig«.* In einer im November 2015 veröffentlichten Online-Studie stellten die gleichen Wissenschaftler fest, dass eine einzelne Pflegekraft im Bundesdurchschnitt für 52 Personen zuständig ist, meist ohne Entlastung durch einen Hintergrunddienst. 8,7 Prozent der Pflegenden sind sogar für über 100 Personen zuständig.
Das ist in Bremen leider nicht anders – auch wenn die verantwortliche Sozialsenatorin Anja Stahmann (Bündnis 90 / Die Grünen) zwischenzeitlich behauptet hatte, in der Hälfte der Bremer Heime sei bereits jetzt nachts eine Pflegefachkraft »nur« für bis zu 40 Bewohner tätig – belegt hat sie das nie.

Klaus Möhle, MdB (SPD), Vorsitzender der Sozialdeputation (Foto: Reinhard Leopold)

Auch die Position und Forderungen des Pflege-Berufsverbandes *DBfK zur Personalbemessung* sowie die Forderungen und Hinweise der Gewerkschaft ver.di fanden offensichtlich keinerlei Beachtung bei der Konzeption des Bremer Heimgesetzes. Ebenso missachtet blieben die *Forderungen von 16 Unterzeichnern eines offenen Briefes* vor ca. einem Jahr (u.a. Betroffenenverband BIVA, Deutscher Pflegerat, namhafte Pflege-Experten, Rechtsanwälte, Sozialverband VdK).
So sollte die Mindestbesetzung der Pflegefachkräfte im Nachtdienst deutlich erhöht werden (1:30 und in Demenz-Abteilungen 1:20). Außerdem sollten festgestellte Mängel in Pflegeeinrichtungen schneller beseitigt und Pflegeanbieter bei nachgewiesenen Mängeln nicht beraten, sondern konsequenter zur Beseitigung derselben bewegt werden. Pflegebetroffene sollten zudem in allen sie betreffenden Dingen mitbestimmen und nicht nur »mitwirken« können. Prüfberichte über Pflegeunternehmen sollten vollständig im Original veröffentlicht werden, um Transparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen für Verbraucher zu erreichen.

Was bleibt ist Ärger und Frust vor allen Dingen bei denjenigen, die auch unter der neuen Gesetzgebung leiden werden. Aber vielleicht regt sich ja nun, bei soviel Nichtbeachtung und Ignoranz doch ein wenig mehr Protest auf Seiten der Bevölkerung, der Pflegebetroffenen und Pflegekräfte.

Marita Froese-Sarimun

Pflegekammern: Heilsbringer –

oder nur ein teurer Kostenfaktor für Pflegekräfte?

Als Krankenschwester mit einer 46-jährigen Berufserfahrung, gewerkschaftlicher Anbindung und langjähriger Betriebsratsarbeit möchte ich mich gegen die Favorisierung von Pflegekammern aussprechen. Es gibt keine Beendigung der Pflegemisere durch Pflegekammern. Dazu brauchen wir eine gesetzliche Regelung. Nur sie könnte tatsächliche Verbesserungen in der personellen Besetzung der Pflegestationen erreichen. Das ist aber nicht ausreichend!

Keine Pflegekammer wird den Pflegenden zu Hilfe eilen! Die Aufgaben der Kammer sind anders gelagert. Nach der DbfK: *»Das grundsätzliche Ziel einer Pflegekammer ist daher die Sicherstellung einer sachgerechten, professionellen Pflege für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend aktueller pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Pflegekammer hat die Aufgabe, die beruflichen Belange der Pflegenden zu fördern und unter Beachtung der Interessen der Bevölkerung zu überwachen«.*
In Deutschland bestehen bislang 3 Pflegekammern und diese sind mit ihrer Selbstverwaltung, Postenbesetzungen und der Registrierung von zahlenden Zwangsmitgliedern mehr als beschäftigt. Die hehren Ziele der Pflegekammern sind mir zu schwammig formuliert.
Was davon ist für Pflegekräfte oder Pflegebedürftige einklagbar? Wir Pflegende sind doch in der Bundesrepublik kein unorganisierter und gesetzloser Haufen, der durch eine Kammer eine ›demokratische Meinungsbildung‹ erfahren muss. Wo sind die Kammern, wenn Pflegende in den Kliniken gegen ihre Arbeitsbedingungen aufbegehren und sich organisieren? Es ist die Gewerkschaft, die in jahrzehntelanger Überzeugungsarbeit Tarifverträge aushandelt, ihre Mitglieder in Prozessen vor den Arbeitsgerichten unterstützt und Fort- und Weiterbildungen anbietet.

Voller Risiken und Nebenwirkungen – geplante Pflegekammern

Was brauchen wir? Wir brauchen Betriebs- und Personalräte die auf die Einhaltung von tariflicher Entlohnung achten, auf die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften in ihren Betrieben pochen und etwas ganz Wichtiges umsetzen, die betriebliche Mitbestimmung gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz! Die den Mut haben und an die Öffentlichkeit gehen, wenn Arbeitgeber von weiteren Kostensenkungen in der Pflege und Synergieeffekten sprechen.
Die Pflege kennt den Wert ihrer Arbeit, ihre Fachkenntnisse und ihre Arbeitskraft ist eine Säule in unserem Pflegesystem und muss von der Gesellschaft anerkannt und honoriert werden. Warum sind Pflegekräfte angewiesen, in Institutionen tätig zu sein, die sie an ihre physischen und psychischen Grenzen bringen? Können sie eine gute Pflegequalität leisten, wenn sie selbst erschöpft sind?
Die Zeiten von Florence Nightingale sind vorbei, und die Pflege braucht heute Hilfe in Form von guter Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen. Das kann keine Pflegekammer versprechen, wir sollten sehr aufmerksam ihr Handeln und ihre Kosten in Niedersachsen beobachten.

Orhan Çalışır

MoBA – Hilfe für Mobilbeschäftigte

Interview mit Agnieszka Lason und Ognyana Ivanova

Im Zuge der innereuropäischen Arbeitsmigration wurden auch Bremen und Bremerhaven zunehmend zu Zielorten von Arbeitsmigrant Innen, die für einen begrenzten Zeitraum nach Deutschland kommen. Sie gehen hier einer Arbeit nach, ohne ihren ausländischen Lebensmittelpunkt aufzugeben. Diese ›mobilen Beschäftigten‹, die sich häufig als Saisonarbeiter Innen oder so genannte Scheinselbständige verdingen, sind besonders gefährdet, Opfer von Arbeitsausbeutung zu werden. Geringe Sprachkenntnisse, fehlendes Wissen um die eigene rechtliche Situation, mangelnde Vernetzung, geringe Qualifikation oder besondere Notlagen sind Faktoren, die die missliche Lage zudem verstärken können.

Anfang des Jahres 2017 hat die ›Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung‹, kurz MoBA, ihre Arbeit aufgenommen. Zwei Beraterinnen informieren ausländische Ratsuchende in den Gewerkschaftshäusern in Bremen und Bremerhaven und mobil in Fragen rund um das Thema »Arbeit«.

Wer sind eure Klienten, wen beratet ihr?

Agnieszka Lason: Diejenigen, die sich im Rahmen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit in EU ganz einfach auf die Arbeitssuche nach Deutschland begeben haben. Menschen aus verschiedenen Ländern Europas. Mobile Beschäftigte, die aus Osteuropa oder aus anderen europäischen Ländern mit oder ohne Familie zum Arbeiten nach Deutschland kommen. Wegen der Nähe – also der gemeinsamen Grenze – waren Arbeitskräfte aus Polen schon länger hier, seit mindestens 20-30 Jahren. Sie waren sehr mobil gewesen und das war das nächste Land nach der Wende in Osteuropa. Die Leute damals sind nicht unbedingt aus politischen Gründen emigriert, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Und das ist auch heute so geblieben, auch nach den Zahlen vom Bundesamt für Migration.

Ognyana Ivanova: Hauptzielgruppe des Projektes sind Menschen aus Rumänien, Bulga-

rien und Polen. Von den Zahlen her sind die Rumänen am stärksten, dann kommen die Polen und Bulgaren, also was die Migration betrifft. Aber bei uns in der Beratung sind die Bulgaren an erster Stelle, dann die Polen und dann kommen die Rumänen. Also allgemein sind es die neu zugewanderten Migranten und Migrantinnen.

In welchen Branchen arbeiten die Leute?

Ognyana Ivanova: Vor allem haben wir zwei Branchen: Reinigungskräfte und Bauarbeiter. Das sind unsere größten Gruppen, die wir beraten. Reinigungskräfte sind vor allem Frauen, die wenig qualifiziert sind. In der Baubranche haben wir meistens gut ausgebildete Leute. Auch mit Abschlüssen aus Bulgarien, aber hier müssen sie für Mindestlohn arbeiten.

Was sind die wichtigsten Probleme dieser Menschen?

Ognyana Ivanova: Z.B. sind die Überstunden ein Problem, d.h. die nicht bezahlten Überstunden. Und unrechtmäßige Kündigungen. Viele der Leute haben keinen schriftlichen Arbeitsvertrag. Das ist auch vielleicht kulturell bedingt, ich habe ja das Wort von dem Arbeitgeber, denken viele.

Was heißt das? Einfach mir wurde gesagt, dass ich für so viel Geld hier arbeiten kann ...

Ognyana Ivanova: Ja, natürlich. Die vereinbaren etwas mündlich, aber bekommen später bei der Bezahlung weniger.

Was macht ihr dann mit so einem Fall?

Ognyana Ivanova: Manche der Ratsuchenden schicken wir zur Rechtsberatung, aber in den meisten Fällen reicht schon ein Anruf bei dem Arbeitgeber von uns. Ein Paar Tage später melden sich die Leute bei uns und berichten, dass sie ganz ausgezahlt wurden oder jetzt einen schriftlichen Vertrag haben.

Wie viel Prozent der Menschen arbeiten ohne Vertrag? Gibt es Zahlen oder Schätzungen?

Agnieszka Lason: Wir haben keine Zahlen darüber. Ein Problem ist auch, dass viele der Arbeitsuchenden nicht wissen, dass nach deutschem Recht auch ein mündlich geschlossener Vertrag eine Gültigkeit hat. Aber für vier Wochen, danach muss der Arbeitsvertrag schriftlich festgehalten und dem Arbeitnehmer ausgehändigt werden. Da versuchen wir mit Veranstaltungen die Arbeitsuchenden über die Mindeststandards in der Arbeitswelt zu informieren. Was ist zulässig, was nicht. Worauf müssen sie achten, wenn sie einen Arbeitsvertrag machen. Es ist immer besser, von vornherein einen schriftlichen Arbeitsvertrag zu machen. Ohne einen schriftlichen Vertrag kann man im Falle des Falles juristisch nicht belegen, wenn die Stunden nicht stimmen, wenn der Lohn weniger ist als vereinbart. Auch Wochenarbeitszeit und Urlaubszeit stehen im Vertrag.

Ognyana Ivanova: Wir hatten hier eine Frau, die zwei Jahre ohne Arbeitsvertrag gearbeitet hatte. Den Vertrag gab es, aber er wurde ihr nie ausgehändigt. So etwas gibt es auch. Das ist nicht zulässig! Und nur auf Grundlage eines Arbeitsvertrages können wir als Beraterinnen feststellen, welche Ansprüche die Arbeitnehmer haben.

MoBA

Beratung

Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung

Kontakt:

Beratungsstelle Bremen
Gewerkschaftshaus Bremen,
Bahnhofsplatz 22–28,
28195 Bremen

Termine nach Vereinbarung:
Montag: 9–13 Uhr
Mittwoch: 12–16 Uhr
sowie auf Nachfrage

Beratungsstelle Bremerhaven
Gewerkschaftshaus Bremerhaven
Hinrich-Schmalfeldt-Straße 31b,
27576 Bremerhaven

Termine nach Vereinbarung:
Dienstag: 9–13 Uhr
Donnerstag: 12–16 Uhr
sowie auf Nachfrage

Ansprechpartnerinnen

Agnieszka Lason
(Polnisch, Russisch, Englisch, Deutsch)
Mobil 0152/246 429 76
Tel.: 0421/696 286 40
Fax: 0421/960 89 20

Ognyana Ivanova
(Bulgarisch, Russisch, Serbisch, Kroatisch, Englisch, Deutsch)
Mobil 0152/246 430 48
Tel.: 0421/696 286 40
Fax: 0421/960 89 20

Ognyana Ivanova
ist Juristin aus Bulgarien. Dort hatte sie eine leitende Position. Sie lebt seit drei Jahren in Deutschland und berät Menschen, die mobil arbeiten müssen.

Agnieszka Lason
hat in Polen und Deutschland studiert, sie ist ausgebildete Journalistin. Sie hat viele Jahre als Berufsberaterin gearbeitet und lebt seit 20 Jahren in Deutschland.

Gerade die sogenannten Putzkräfte sind in privaten Haushalten beschäftigt, wie erreicht man sie?

Ognyana Ivanova: Die sind schwer zu erreichen. Da läuft alles unter vier Augen. Manche dieser Leute arbeiten als Selbständige. Unsere Ratsuchenden, die als Putzkräfte arbeiten, tun das bei Firmen. Aber die Selbständigen beraten wir auch z.B. über die Krankenversicherung. Aber viele der Selbständigen sind scheinselbständig – leider.

Um wie viele Menschen geht es eigentlich?

Agnieszka Lason: Leider gibt es keine verlässlichen Zahlen. Es ist auch ein dynamischer Prozess. Aber die Zahl ist ziemlich hoch.

Gibt es auch viele Saison-ArbeiterInnen, die z.B. für Erntearbeiten nach Deutschland kommen?

Agnieszka Lason: Die typischen ErntearbeiterInnen haben wir nicht viel unter denen, die zu uns kommen. Es sind aber Leute, die für ein paar Monate oder für ein paar Jahre hier sind und meistens danach wieder in die Heimatländer zurückkehren. Das Land Bremen hat auch nicht viel Landwirtschaft. In Niedersachsen sieht es dann wieder anders aus.

Wie kommen die Menschen hierhin, warum wählen sie diese oder jene Stadt?

Agnieszka Lason: Die Mehrheit kommt durch Verwandte, Bekannte oder zufällig hierhin, um zu arbeiten. Die Leihfirmen sind dann oft die erste Adresse, wo die Leute landen. Und die bieten Arbeiten, die von kurzer Dauer sind.

Es ist auch von Menschenhandel die Rede, man spricht von Banden, die die Menschen hierher bringen, was ist da dran?

Agnieszka Lason: Genau solche Fälle gibt es. Es gibt in Afrika, im Nahen Osten die Schlepper, die Menschen hierher bringen. Analog zu diesen gibt es Schlepper innerhalb der EU, die die Menschen ausnutzen, ausbeuten. Dasselbe passiert auf dem Arbeitsmarkt. Es wird in diesen Ländern geworben, z.B. über das Internet. Wenn sie hier sind, sehen sie eine andere Wirklichkeit als das, was diese Kriminellen ihnen versprochen haben. Und sie sind sich selbst überlassen. Das sind die dramatischsten Fälle.

Was macht ihr dagegen?

Agnieszka Lason: Es ist begrenzt, was wir machen können. Aber wenn wir einen solchen Fall haben, versuchen wir auch die Behörden in den Heimatländern der Arbeitsuchenden zu kontaktieren, um zu erfahren, wie es dazu gekommen ist. Versuchen die Namen der »Vermittlerfirmen« zu finden, damit gegen die etwas getan wird. Aber viele haben Angst und kommen nicht zu uns. Besonders Menschen, die mit Familie hier sind. Die schweigen lieber und nehmen alles in Kauf.

Gibt es in Bremen auch einen »Arbeiterstrich«, wo eure Klientel zu treffen ist?

Ognyana Ivanova: Es gibt zwei, drei bekannte Stellen in Bremen, wo die Menschen darauf warten, dass sie abgeholt werden. Wir haben eine solche Stelle mal besucht. Es kam irgendwann ein großer Typ und sagte »die vier«. Es war einfach sehr unangenehm und menschenunwürdig.

Aus welchen Ländern kommen die Menschen, die so versuchen einen Job zu finden?

Ognyana Ivanova: Die ärmsten Länder in der EU, die neuen Mitglieder der EU. Da sind die Menschen zu allem bereit, um ihre Situation zu verlassen und an Arbeit zu kommen. Natürlich hat jeder Mensch das Recht nach Arbeit und nach besseren Lebensbedingungen zu suchen, aber es darf nicht auf die kriminelle Art und Weise passieren, wo manche mit menschlichem Leid Geld verdienen.

Könnt ihr einen Erfolg verzeichnen? Kann man so etwas überhaupt messen?

Ognyana Ivanova: Ja, wir bekommen Rückmeldungen von Menschen, die wir beraten haben. Meistens mit dem Wortlaut, danke, dass ihr mir geholfen habt, alleine hätte ich es nicht geschafft. Das Schönste für uns ist, wenn die Leute zwei Zeilen schreiben. Zu uns kommen auch Ratsuchende, weil sie von anderen etwas über uns gehört haben. Also Mundpropaganda. Zur Zeit haben wir viel zu viele Anfragen, sodass wir nicht genug Kapazitäten haben, um alle zu beantworten.

Udo Hannemann

Tarifrunde IG Metall 2017/18 – beendet?

MITEINANDER FÜR MORGEN ERREICHT

In der fünften Verhandlung am 8. Februar 2018 wurde auch für das Tarifgebiet Küste ein Ergebnis erzielt: Mehr Geld und der Einstieg in Arbeitszeitthemen.

Feuerkörbe helfen gegen die extreme Kälte

Im Detail:

- eine Entgelterhöhung von **4,3 Prozent ab 1. April 2018**,
- eine Pauschalzahlung von **100 Euro** im März 2018.
- Ab 2019 erhalten alle Beschäftigten jährlich ein **tarifliches Zusatzgeld** in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatseinkommens
- sowie einen **Festbetrag**, der im nächsten Jahr 400 Euro beträgt.
- Beschäftigte, die Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten, können wählen, ob sie statt des tariflichen Zusatzgeldes **acht freie Tage** nehmen wollen.
- **Zwei Tage davon** finanziert der Arbeitgeber.
- Das Ergebnis sichert den Beschäftigten zudem einen **Anspruch auf zeitweise Reduzierung ihrer Arbeitszeit** auf bis zu 28 Stunden.
- Danach haben sie das **Recht, zu ihrer ursprünglichen Arbeitszeit zurückzukehren**.

Die geforderte Bezahlung der Wasch- und Umkleidezeiten und die Gleichstellung bei den Schichtzulagen konnte von den Arbeitgebern erfolgreich verhindert werden.

Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen

Dafür haben bis zum 02.02.2018 bundesweit mehr als 500 000 Menschen aus knapp 280 Betrieben mit ganztägigen Streiks die Produktion zum Erliegen gebracht. Zusammen mit kurzen Warnstreiks waren mehr als 1,5 Millionen Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Die neue, erstmals angewendete Arbeitskampftaktik der »**24 Stunden-Streiks**« mit Streikunterstützung funktionierte wie erwartet. Dies bedeutete, dass alle dazu aufgerufenen Betriebe für 24 Stunden blockiert waren. In Bremen waren dies Mercedes, Flowserve (Gestra) und Airbus. Diese Aktionen wurden von anderen Betrieben vor Ort solidarisch unterstützt. Für IG MetallerInnen kamen die Informationen zur Tarifrunde erstmals direkt über »**IGM WhatsApp**« auf ihre Mobiltelefone. Für die Arbeitgeber blieb unklar, wie weit sich die Aktionen der IG Metall noch ausweiten würden.

War es das jetzt?

***Natürlich nicht*... Die nächsten Verbesserungen müssen – *wie immer* – erkämpft werden!**

Und dann hat jetzt eine Bewegung angefangen, die der Meinung ist, »Tarifpolitik ist nicht genug«. Hierzu haben sich am 21.10.2017 über 100 IGM-KollegInnen zu einer Auftaktveranstaltung in Kassel getroffen. Das Eröffnungsreferat wurde von Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IGM, gehalten. Die sich dann entwickelnde Diskussion war sehr lebhaft und bewegt. Zum Abschluss des Treffens wurde das Papier ***»7 Thesen zu den Aufgaben einer offensiven Gewerkschaftspolitik in der IGM«*** verfasst und veröffentlicht. Dieses Papier ist im Labournet zu finden.

24-Stunden-Streik u.a. bei Airbus

Marita Froese-Sarimun

Alltagsrassismus oder die Geschichte eines Indonesiers, der 45 Jahre bei uns lebte

Familientreffen in Indonesien

Geboren in Indonesien

Achmad wurde 1944 auf der indonesischen Insel Bintan, einige Seemeilen südlich von Singapore geboren. Der 2. Weltkrieg näherte sich auch in Asien dem Ende, Indonesien erklärte sich nach 350 Jahren von der Kolonialmacht der Niederlande für unabhängig. Die Japaner, die Indonesien noch besetzt hielten, kapitulierten, und Sukarno übernahm die Macht in dem Inselreich.

Wer auf einer Insel geboren wird, hat eine Affinität zum Meer und zur Seefahrt. So heuerte er nach Abschluss seiner Schulen in der Frachtschifffahrt an und bereiste die Welt. Anfang der 70er Jahre arbeitete er auf Schiffen einer Hamburger Reederei und lernte in Hamburg eine junge deutsche Frau kennen und man verliebte sich. Nachdem die juristischen Schwierigkeiten geklärt und die Verwandten zähneknirschend ihre Zustimmung zur Heirat gaben, feierte das Paar die Hochzeit, und es wurde sich auf die Suche nach einer Wohnung gemacht. Hamburg galt als weltoffen und tolerant: wer handeln will, kann sich eigentlich keinen Rassismus leisten. Politisch war Hamburg damals schon mit der autonomen Szene der Hausbesetzer beschäftigt.

Als Seemann lernte Achmad die Welt kennen

Wie und wo war der Alltagsrassismus spürbar?

Der Wohnraum war in den Anfängen der 70er Jahre schon knapp gewesen und Vermieter in den attraktiveren Vierteln Hamburgs konnten sich ihre Mieter auswählen. Mit Hilfe von Freunden fand sich im Stadtteil Sternschanze / Schulterblatt eine Wohnmöglichkeit, und um einer Ablehnung zu entgehen, haben die zukünftigen Vermieter nur die Frau kennengelernt, der Ehemann war ja auf See, so wurde die Klippe eines gemischtrassigen Paares locker umschifft. Die Nachbarschaft war freundlich und

aufgeschlossen, man war sehr an den Küchengenüssen Indonesiens interessiert und freute sich über Einladungen.

Achmad beobachtete eine Verhaltensänderung nach der Beendigung seiner Seefahrt (der Sohn war geboren und er wollte sein Aufwachsen miterleben) im Schanzenviertel mit zunehmenden abendlichen Polizeikontrollen, die sich überwiegend auf ausländisch aussehende Passanten erstreckte, sehr kritisch. Die Ehefrau suchte eine Erklärung in der autonomen Szene rund um die Sternschanze und konnte die Bedenken gar nicht nachvollziehen.
Achmad beharrte darauf, es ändere sich etwas im Verhalten der Deutschen zu seiner Person. Ob es nun die Kassiererin an der Supermarktkasse oder ein Behördengang war, sie reagierten kurz angebunden, sie verwendeten ein typisches »Deutsch für Ausländer«. Mit Besuchern aus Asien erlebte er die Zurückweisung an einem Disko-Eingang durch einen Türsteher, er schämte sich und empörte sich sehr darüber.
Die Kindergärtnerin seines Sohnes beklagte sich bei der Kindsmutter über Achmads »unangemessen« freudige Begrüßung, wenn er ihn aus der Tagesstätte abhole.
Achmad war politisch sehr interessiert und fand die Zunahme der Neonazis bedenklich, die gegen Ende der 70er Jahre langsam auf sich aufmerksam machten. Es verunsicherte ihn, und er war erschrocken, dass eine Stadt wie Hamburg, sozialdemokratisch geprägt, keine Gegenmaßnahmen einleitete.

Ortswechsel nach Bremerhaven

Die Familie zog dann in das kleinere und übersichtliche Bremerhaven, aber auch dort fanden durch die Arbeitslosigkeit soziale Spannungen statt, im Ganzen war es aber aus seiner Sicht im Umgang miteinander ausgewogener.
Die Familie wohnte in einem ruhigen Vorort nahe einer großen Klinik, wo man sich kannte, zuordnen und einschätzen konnte. Er fand einen neuen Arbeitsplatz und einen Freundeskreis und fühlte sich sicherer aufgehoben als in Hamburg. Sein Sohn wuchs wie gewünscht behütet auf und niemand stellte dem Kind in der Schule oder in der Freizeit die Frage, woher er denn käme?
Es sind ja auch so niedliche, hübsche Kinder, diese kleinen Mischlinge!

Die Hautfarbe macht's!

Aber sehr aufmerksam verfolgte Achmad die Nachrichten, gegen ausländische Mitbürger wurden Vorurteile lauter. Ressentiments gegen Asylsuchende und Anschläge nahmen zu. Und bei ihm persönlich ging es nur um sein Aussehen, seine Zugehörigkeit zu einem südostasiatischen Volk war eindeutig.
Er hat sich keines Vergehens gegen unsere Gesetze schuldig gemacht, er hat gearbeitet, Steuern bezahlt und sich um Wohlstand bemüht. Später entschied er sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Bei einer Reise nach Indonesien stellte Achmad fest, dass er nun doppelt fremd war. Er wurde als Ausländer in Deutschland angesehen und bei der Passkontrolle auf seiner Geburtsinsel misstrauisch von den Einreisebeamten wegen seines deutschen Passes beäugt, ein Visum war nun erforderlich!
Er musste sich der Frage vieler Mitbürger mit einem Migrationshintergrund stellen, was macht seine Identität aus? Was bedeutet es, seine Wurzeln in einem fremden Kulturkreis zu haben und diese ohne Not zu verlassen? Er war weit gereist und fühlte sich als Weltbürger, beheimatet in Bremerhaven.
Auch wenn seine Ehe später scheiterte und Jahre des Schweigens mit seinem Sohn vergingen, war Achmad ein Bremerhavener geworden. Er alterte, ging in Rente und blieb fest verwurzelt in seinem Stadtteil Lehe. Es war ihm dort alles vertraut, viele Jahre lebte er im gleichen Haus, kannte seine Nachbarn und sie ihn, er kaufte in bekannten Geschäften ein. Da er ein geselliger Mensch war, traf er seine Freunde regelmäßig und freute sich über Unternehmungen.

Abreise nach Indonesien 2016

Was er allerdings früher schon befürchtet hatte, traf ein. In Deutschland drang rechtsnationales Denken ein, und nach seiner Ansicht wurde die Alltagsdiskriminierung gesellschaftsfähig. Er fühlte sich als Außenseiter. Achmad ging abends nicht mehr aus, zuhause erschien es ihm sicherer. Mit zunehmendem Alter hatte das allerdings eine fatale Auswirkung, auch sein Freundeskreis alterte, wurde gebrechlich und man stellte die Besuche langsam ein. Familiär gab es aber auch positive Dinge, die Lichtblicke in sein zurückgezogenes Leben brachten. Sein Sohn nahm regelmäßige Kontakte zu ihm auf und er konnte das Heranwachsen seines Enkels miterleben.
Da er erkrankte und auf seinen Rollstuhl angewiesen war, vereinsamte er ohne seine Freunde, die nun nach und nach verstarben, zusehends. Er äußerte den Wunsch zu einem längeren Besuch bei seiner Familie in Indonesien. Sein Sohn befürchtete gesundheitliche Probleme bei der langen Flug- und Schiffsreise und bat seine Mutter um Unterstützung bei der Reiseplanung. Die Familie verständigte sich darauf, gemeinsam zu reisen.

Zurück in Indonesien

Nach 45 Jahren in Deutschland stellte Achmad fest, dass er mit Indonesien fremdelte. Er vermisste die Zuverlässigkeit deutscher Absprachen, Zeitvorgaben, das deutsche Essen und hundert andere Dinge, an die er gewöhnt war. Seine Familie dort nahm ihn liebevoll auf, sie mussten sich nur an seine deutschen Redewendungen gewöhnen, die ihm einfach so vertraut waren.
Aber es wurde zu seiner letzten Reise. Völlig überraschend verstarb Achmad 2017 nach nur zehn Monaten in seinem Geburtsort in Tanjung Pinang / Indonesien.

Und wie geht es weiter?

Sein Sohn – inzwischen erwachsen – wird nun gefragt, wo er denn herkomme? Seine Antwort: aus Hamburg!
Im Sommer lud die Bremerhavener SPD zu einer Fahrradtour im Fischereihafen ein. Ich las es in der Zeitung und forderte Sohn und Enkel auf, daran teilzunehmen, das wäre doch ein Spaß. Das taten sie auch, und mein Sohn berichtete später, dass der SPD-Politiker, der die Fahrradtour begleitete, ihn fragte, woher es denn käme, dass er so gut deutsch spreche. Das nächste Mal könne er doch noch mehr von seinen Landsleuten mitbringen. Diese Anmerkung hat ihn maßlos aufgeregt.

Kürzlich wurde die Trägerrakete Falcon Heavy auf eine Reise zum Mars geschickt. So weit sind wir schon.
Sind wir Menschen ethisch überhaupt schon so weit für Reisen in das Universum?
Ich erlaube mir weiträumig zu denken, die Herkunft und Hautfarbe eines Menschen muss völlig irrelevant sein, bevor wir uns an die Eroberung anderer Planeten wagen und so weit sind viele von uns noch nicht.

Bernd Krause

Rassismus in Deutschland

Der Mohr im »Struwwelpeter«

Nun ist er auch im Deutschen Bundestag angekommen, der alltäglich latent und auch massiv vorhandene Rassismus. Der Einzug der AfD in den Bundestag ist Ausdruck des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft. Das Potenzial für rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien ist noch größer, als es die Wahlergebnisse bislang zeigen.

Am 23. Februar diesen Jahres forderte die AfD vom Bundestag, er solle die Regierung auffordern, Äußerungen aus Artikeln des gerade freigelassenen Journalisten Deniz Yücel zu missbilligen. Der Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir hatte daraufhin in einer fünfminütigen Rede die richtigen Antworten zum richtigen Zeitpunkt. Eine sehr interessante Rede, immer noch auf Youtube zu sehen. Am 2. März forderte die AfD, dass Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz kommen sollte. Darauf hin konterte der niedersächsische Abgeordnete der SPD, Johann Saathoff auf feinstem Plattdeutsch, »dass die Vielfalt der Sprachen schön und förderlich für ein Zusammenwachsen Europas und der Welt sei«. Ein sächsischer Landtagsabgeordneter der AfD bezeichnete den Sohn von Boris Becker, Noah Becker als »Halbneger«. Hinterher hat er es nicht so gemeint. Es gibt einen exorbitanten Anstieg rechtsextremer Gewalt und enthemmter Hetze im Internet.

Aber nicht erst seit dem Einzug der AfD in den Bundestag rückt unsere Gesellschaft weiter nach rechts. Am deutlichsten wird dies seit der letzten Flucht und Migration von vielen Syrern. Es kam in den Jahren 2015 und 2016 zu ca. 1200 Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten. Menschen gehen in großer Zahl auf die Straße (Pegida) oder ziehen vor Gerichte, um eine Unterkunft für Geflüchtete in ihrem Stadtteil zu verhindern. Dies betrifft uns alle, plötzlich sieht man sich mit Aussagen konfrontiert, von denen man dachte, dass man sie nicht mehr zu hören bekommt. »Man wird ja wohl noch sagen dürfen …«

›Nickneger‹ oder ›Missionsneger‹: Teil der Weihnachtskrippendekoration 2012 in der Kirche St. Joseph, Hannover. Wirft man eine Münze in den Schlitz, wackelt der »Mohr« mit dem Kopf.

Rassistisches Vorgehen in Polizei und Institutionen

Am 7. Januar 2005 wurde der aus Sierra Leone stammende Oury Jalloh in seiner Gefängniszelle in Dessau (Sachsen) verbrannt. Die diensthabenden Polizisten wurden zunächst freigesprochen, Jahre später durch das massive Fordern von Privatleuten und Initiativen zu einer Geldstrafe verurteilt. Im letzten Jahr haben das ARD Magazin Monitor und die Tageszeitung »taz« Gutachter beauftragt, die zu dem Ergebnis kamen, dass er sich unmöglich allein hatte anzünden können. Am 7. Januar diesen Jahres demonstrierten ca. 4.000 Menschen für eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Dies gibt mir große Hoffnung.

Zum Jahreswechsel 2004/2005 wurde in Bremen der ebenfalls aus Sierra Leone stammende Laye Condé inhaftiert und aufgrund des vermutlichen Verschluckens von Drogen mit Wasser und Brechmitteln zum Erbrechen gebracht. An diesem Einsatz starb er im Januar 2005. Erst nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ein Jahr später hat Bremen diese brutale Methode gestoppt.

In Hamburg erhängte sich 2016 angeblich der Kleindealer Jaja Diabi in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis. Und am 1. Februar 2017 wurde von der Hamburger Polizei auf einen schwarzen, afrikanischen Mitmenschen in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs geschossen.

Dies sind nur einige der brutalsten Fälle, aber rassistische Ausfälle sind an der Tagesordnung, auch auf Ämtern und in Jobcentern.

Teile der Polizei behandeln immer wieder in aggressiver Art und Weise ausländische Mitmenschen. Dieses Verhalten von einigen muss gestoppt und juristisch verfolgt werden. Es ist kein Zufall, dass Menschen, die anders aussehen, die aus einer anderen Kultur kommen, häufiger und dann länger kontrolliert werden.

Im Jahre 2015 gingen in Bautzen zwei Tage lang Rassisten gegen Flüchtlinge vor, ohne dass die Polizei es verhindern konnte (oder wollte?)

Alltäglicher Rassismus

Unter Präsident Donald Trump bewegen sich die USA zurück in eine dunkle Vergangenheit. Dort in den USA sind Polizeiübergriffe – auch tödliche – gegen Farbige an der Tagesordnung, macht vor allem der tief rassistische Ku-Klux-Klan Jagd auf Schwarze. Der Ku-Klux-Klan ist nicht nur in den USA

aktiv. Auch bei uns gibt es seit fast 100 Jahren den Rassistenbund, der meist in kleinen Gruppen agiert und mit Rechtsextremen verbunden ist.

Rassismus ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern alltägliche Realität. So wurde z. B. der aus Nigeria stammende Fährmann, der im Bremer Blockland Touristen und Bürger mit seinem Boot über die Wümme bringt, von einigen Fahrgästen aufgrund seiner Hautfarbe mehrfach beleidigt. Auch bei der Essener Tafel, wo Ausländer keinen Zugang mehr haben, ist es Rassismus. Hunger haben dort schließlich alle. Rassistische Gewalt gibt es in zunehmenden Maße, vor allem gegen Muslime.

In der deutschen Sprache schlägt sich der Alltagsrassismus häufig nieder. Er drückt sich nicht nur durch Schimpfwörter und Beleidigungen aus, sondern vielmehr etwa durch scheinbar wertfrei gemeinte Verallgemeinerungen und unbewusst ausgrenzende Beschreibungen. Das N-Wort, jeder weiß, was gemeint ist, ist allgegenwärtig. Schwarze Mitmenschen werden häufig auf Englisch angesprochen, obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind.

Wenn ein Deutscher anderer Herkunft von den Menschen seiner Umgebung immer wieder den Stempel des »Fremden« und »Anderen« aufgedrückt bekommt, identifiziert er sich irgendwann auch mit der Gruppe, der er zugeordnet wird.

Ich selbst habe mit meiner Frau des öfteren, vor allem in Gebieten Ostdeutschlands, ähnliches erlebt. Wir sprachen damals von »no go areas«. Dazu gehörten Greifswald, Dresden und das schöne Quedlinburg. Über uns wurde hörbar geredet, und es wurde uns hinterher geguckt.

Über den NSU, den so genannten Nationalsozialistischen Untergrund, will ich hier gar nicht erst schreiben. Ihre Mitglieder haben aus rassistischen Motiven in den Jahren 1999 bis 2007 zehn Menschen ermordet und viele verletzt. Der Prozess dauert nun schon seit 2013.

Thilo Sarrazin machte 2010 die rassistische Herabwürdigung vor allem von Muslimen mit seinem umstrittenen Buch »Deutschland schafft sich ab« in ›besseren‹ Kreisen salonfähig. Ein Ausschlussverfahren aus der SPD wurde knapp vor einem Schiedsgericht verhindert. Da ist mir doch der Autor und Soziologe aus der Schweiz, Jean Ziegler, ehemals UN-Sonderbeauftragter für die Abschaffung des Hungers auf der Erde, lieber. In seinem jüngsten Buch »Der schmale Grat der Hoffnung« berichtet er von seinen Kämpfen, seinen Erfolgen, aber auch von seinen Niederlagen. Ein Satz hat mir besonders gefallen: »Warum bin ich weiß, warum bin ich genau hier geboren, in einem freien Land, gut genährt? Es ist ein Privileg, dem man nie gerecht wird. Was uns von den Opfern trennt, ist ja nur der Zufall der Geburt.«

Jeder von uns hat wahrscheinlich einen Flüchtling in der Familie, dessen Flucht aus wirtschaftlichen, politischen, religiösen oder ethnischen Gründen erfolgte. Ich denke da an die Hugenotten oder an die beiden Weltkriege.

Zum Schluss habe ich noch einen sehr guten Hinweis gefunden, wie Übergriffe verhindert oder gestoppt werden könnten. Die Assistenzprofessorin Uditi Sen vom Hampshire College erforschte Folgendes: »Spreche niemals den Täter an. Er (und es ist in den meisten Fällen ein Er) ist auf Konfrontation aus. Beginne ein Gespräch mit dem Opfer. Sprich mit der Person. Stell dich vor und gib ihr die Hand. Und sei einfach da. Unterhalte dich mit ihr, über irgendetwas, ganz egal, das Wetter, Fußball. Sag ihnen nicht, dass sie alleine seien. Lass sie nicht alleine sein.«

Quellen: Süddeutsche Zeitung, ARD, ver.di Publik, Edition F

Die Afro-Indianerin **Andrea Searcy** (ungeschminkt ganz oben) verwandelte sich mit Hilfe von Perücke, Make-up und Kontaktlinsen in Repräsentantinnen verschienener Ethnien (Asiatin, Europäerin, Afrikanerin) – als Beleg dafür, dass Menschen sich weltweit nur oberflächlich unterscheiden.

Traudel Kassel

Blumen und Kerzen für Laye Alama Condé

Mobiler Gedenkort für Laye Alama Condé am 6. Januar 2018

Am 6. Januar folge ich einmal wieder dem Aufruf der Initiative Layé Condé und finde mich am Sielwall ein, dem Ort, an dem Laye Condé festgenommen wurde. Ich bin erstaunt, wie viele Menschen sich an diesem Gedenken zu seinem 13. Todestag einfinden. Ich bin beschämt, weil ich weder ein Licht noch Blumen mitgebracht habe – aber die InitiatorInnen haben für alles gesorgt. Wer möchte, bekommt eine Blume und ein Licht.

Eindringlich wird an die inhumane und erniedrigende Methode der Brechmittelfolter erinnert, der in Bremen 13 Jahre lang fast ausnahmslos schwarze Menschen ausgesetzt wurden, um Beweise für verschlucktes Rauschgift zu finden. Laye Condé ist daran qualvoll gestorben. Erst als ein Jahr später der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Brechmittelvergabe als Verstoß gegen die Menschenrechte einstuft, endet die unselige Praxis auch in Bremen, die über 1000 Mal ausgeübt wurde.

Ein Sprecher von *decolonize Bremen* erinnert auch an andere farbige Opfer von Polizeigewalt in Bremen, Hamburg und Dessau – siehe den Artikel »Rassismus in Deutschland« in der WIR – und daran, dass nicht Flüchtlinge aus Afrika das Rauschgift übers Mittelmeer nach Deutschland gebracht haben, sondern der Rauschgiftkonsum ein Problem unserer eigenen Gesellschaft ist. Dass einige Geflüchtete zu Dealern werden, liegt vor allem an einer verfehlten Asylpolitik, die Menschen vom legalen Gelderwerb fernhält.

Von denen, die heute nicht an der Gedenkfeier teilnehmen, sind einige in Dessau, wo tausende Menschen auf einer Kundgebung die Aufklärung des gewaltsamen Todes von Oury Jalloh vor 13 Jahren einfordern, der wegen Trunkenheit in Polizeigewahrsam genommen wurde und dort am 7. Januar 2005 festgeschnallt in einer gefliesten Zelle verbrannte. 13 Jahre lang haben Polizei und Justiz versucht, seinen Tod als Selbstmord zu verkaufen. Aber genauso lange kämpfen Menschen unermüdlich gegen alle Widerstände um die Aufklärung des Hergangs. Erst nur einige Wenige – heute kommen Tausende zusammen.

Der Zug mit ungefähr 150 Menschen setzt sich in Bewegung zu dem mobilen Gedenkort für Laye Condé vor dem Sielwallhaus. Dort ist ein Foto und eine Tafel aufgestellt. Nach einer Schweigeminute legen viele TeilnehmerInnen hier Blumen ab und zünden Kerzen an.

Die Idee des mobilen Gedenkortes für Laye Condé und die weiteren Opfer der 13-jährigen Brechmittelfolter hat die Initiative 2017 entwickelt, nachdem sie bisher vergeblich einen dauerhaften Ort dafür gefordert hat. Seither ist er schon in der Unteren Rathaushalle sowie den Kulturzentren Lagerhaus und Schlachthof zu sehen und zu hören gewesen (eine digitale Variante des Gedenkorts gab zudem in der Zentralen Stadtbibliothek). Jetzt ist der Gedenkort vor der Theaterkasse von theater bremen.

Dass nicht nur ein einziger Ort, sondern immer wieder neue Orte an ein Unrecht erinnern, bringt vielleicht mehr Menschen zum Nachdenken als ein Denkmal an einem Ort, an dem ein Großteil der Menschen nie vorbeikommen. Das Nicht-Locker-Lassen von Menschen hat dazu geführt, dass die Verbrechen an Menschen nicht totgeschwiegen werden konnten und auch nach 13 Jahren immer noch in den Medien und der öffentlichen Diskussion behandelt werden müssen, die Grünen-Fraktion will das Thema Entschädigung für die Opfer der Brechmittelfolter 2018 in die Bürgerschaft bringen.

Holger Zantopp

De EU maakt sik sülvst de afrikanschen Flüchtlinge

EU-Agrarpolitik trägt zu Flüchtlingsströmen bei

Ik harr mi jo verleden Johr vörnahmen, fakener mal de Zeitung to studeren. Denn weet ik, oder ik schull weten, wat in de grote Welt so passeert un woans dat allens tosamenhangt.

Un dor bün ik denn op en Geschicht stött, de hett mi bannig neeschierig maakt. Dor stunn wat över en Buer in Ghana. He is füünsch op Buern in Europa, de lang un breet Tomaten hoochtreckt, mit Geldsprütt vun de EU. Denn warrt de Tomaten per Schipp in de hele Welt bröcht. He is dorüm afsünnerlich suer op de Europääisch Union.

De Böversten vun de EU harrn woll mitkregen, dat dor wat nich stimmt. Denn hebbt se beslaten, dat Leven vun de Buern in Afrika beter to maken. Dat is en goden Infall, hett avers en Haken. De EU will den Eerddeel helpen, will avers ok Hannel mit Afrika in Gang hollen.

Op de Markten in Ghana gifft dat to allereerst Tomaten ut anner Länner to köpen. Grote Agrarkonzerne in Süüditalien hebbt de Waren dorhenn bröcht. De EU is för de afrikanschen Buern en Wedderpart, de gräsig is. To'n Bispill kummt Tomatenmark ut Italien, Melkpulver ut Däänmark un deepfroren Höhner ut Düütschland.

För de EU is Afrika aver en Afsatzmarkt, de heel und deel wichtig is. Mit Geld in Milliardenhööchde warrt Waren billig anbaden. In ehr egen Land mööt denn vele afrikansche Produzenten opgeven.

Un wenn Minschen in Afrika keen Schangs sehn gegen de EU-Importe antogahn, denn wüllt vele ehr Land mit Kurs op Europa achter sik laten. In de Zeitung heff ik ok Taalen funnen. Vun Januar bet November 2017 sünd meist 90.000 Minschen över de See oder över den Balkan na Italien kamen.

En poor Dusend Flüchtlinge ut Ghana rackern sik af för en Hungerlohn op Plantagen in Italien. Se doot dat, wat se fröher to Huus maakt harrn: Tomaten plücken.

Ünner'n Streek steiht: De Buern in Afrika köönt mit de EU nich mithollen. Grund sünd EU-Geldsprütt för Agrarexporte na Afrika. Düsse Exporte ut Europa drückt de Priesen un dwingt de Buern optogeven. Keen Wunner, wenn denn vele op de Flucht na Europa över dat Middelmeer sünd. De EU produzeert sülvst Flüchtlinge, de se nich oder nich mehr hebben will.

So sieht fairer Handel aus

Achim Saur

Bremer Bürger-Zeitung

Organ für die Interessen des Volkes.

Mit täglicher Feuilletonbeilage und Sonntagsbeilage „Die Neue Welt"

Nr. 201. Sonnabend, den 29. August 1914. 25. Jahrgang

Große Entscheidungsschlachten im Osten. – Die Russen über die Grenze hinaus verfolgt. – Weitere Siege im Westen. – Das französische Sperrfort Manonviller von den Deutschen genommen. Die englische Armee samt französischer Hilfe geschlagen.

Berlin, 29. August. Unsere Truppen in Preußen unter Führung des Generalobersten v. Hindenburg haben die vom Narew vorgegangene russische Armee in Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavallerie-

Burgfrieden und Massenstreik

Die holperige Vorgeschichte der Bremer Räterepublik

Nationale Berichterstattung in der SPD-Zeitung im August 1914

Drei und eine halbe Woche Bremer Räterepublik: Bei den Bremer Linken ist diese Episode Legende, Beleg ihrer Stärke in der Stadt, der kurze Traum von einer ganz anderen Welt, Vorschein einer Utopie. Im Auftrag von Sozialdemokraten schossen am Ende republikfeindliche Freicorps in Berlin, Bremen und München auf die Arbeiter, manifestierte sich die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Erinnerung an die Freicorps blieb haften, sie erklärt jene Verfeindung der Arbeiterbewegung, die sich beim Untergang der Weimarer Republik als verhängnisvoll erweisen sollte.

Beginnen wir bei der Vorgeschichte. Im September 1915, da war gerade das erste Kriegsjahr des 1. Weltkriegs vorüber, schrieb der Bremer Sozialdemokrat Johann Knief an seinen Genossen Alfred Henke: *»Ich kann aus innerer Notwendigkeit dem jetzigen Raubzug des Kapitalismus keine Helfersdienste leisten.«* Mit den »Helfersdiensten« meinte er die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten, denen die SPD zur Verblüffung der bürgerlichen Parteien bei Kriegsbeginn zugestimmt hatte. Im Reichstag brach frenetischer Jubel aus, als die angeblichen »vaterlandslosen Gesellen« die noch sieben Tage zuvor beschworene Internationale der »Proletarier aller Länder« hinter sich gelassen hatten. Der Glaube an den von der Regierung vorgetäuschten Verteidigungskrieg gegen das despotische Russland hatte den Ausschlag gegeben. Damit verfing die Strategie des »Burgfriedens«, der Kaiser verkündete: »Ich kenne keine Parteien mehr.« Ein Sozialdemokrat notierte: *»Nieder mit dem Zarismus! Diese Parole war es, die damals den Krieg mit einem Schlage so ungeheuer volkstümlich machte.«* Zudem versprach sich die SPD-Führung um Ebert von dieser Zustimmung, die Rolle des Parias im Reichstag zu überwinden, repressive Maßnahmen zu verhindern und vor allem ein Ende des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts. Als eine Neuorientierung der Reichsregierung ausblieb, der angebliche Verteidigungskrieg sich als Täuschung entpuppte, entwickelte sich die Frage der Kriegskredite zum Dreh- und Angelpunkt für alle folgenden Auseinandersetzungen in der SPD.

Als Knief dem Genossen Henke schrieb, ging es um die neuerliche Zustimmung zum inzwischen schon dritten Kriegskredit. Wo Henke zögerte und auf eine drohende Isolierung verwies, führte Knief grundsätzlichere Motive ins Feld. *»Ich habe nie zwischen meinem Denken und Handeln den Unterschied machen können.«* Über die Genossen, die den Kriegskrediten zustimmen, urteilte er: *»Solange ihnen Leben und Rücksichten noch höher stehen als ihre Klasseninteressen, solange sind sie noch Sklaven ihrer Unterdrücker. In dem Willen zum Tode zeigt sich erst die innere Freiheit. Setzen sie nicht ihr Leben ein, so wird ihnen das Leben, nämlich der Sozialismus, nie gewonnen sein.«*

Henke ahnte, was solcher Rigorismus nach sich ziehen würde. Als im Mai 1916 Karl Liebknecht, der spätere KPD-Führer, als Erster im Reichstag gegen die Kriegskredite sprach und nicht nur zur Ablehnung die Hand hob, brach ein Tumult aus. Das hohe Haus brüllte ihn nieder, Abgeordnete versuchten ihn tätlich anzugreifen, selbst einige SPD-Mitglieder waren an dem Aufruhr beteiligt. Als er darauf noch auf einer Kundgebung den Krieg und die Regierung in einem Atemzug öffentlich verdammte, sah die Justiz darin den Tatbestand des Landesverrats als erfüllt an, erst die Revolution befreite ihn 1918 aus der Haft. Aber sein Widerspruch hatte ihn zur Symbolfigur der Kriegsgegner nicht nur in Deutschland gemacht.

Der Krieg verschärfte die schon seit Anfang des Jahrhunderts bestehenden Konflikte in der SPD. Die Linke wollte neue Aktionsformen, nicht das ewige Einerlei der Parteiversammlungen mit ihren verbalradikalen Resolutionen und dem Zählen der Stimmgewinne nach den Wahlen. Sie forderte den »Massenstreik« zur Durchsetzung politischer Forderungen wie dem gleichen Wahlrecht. Den Ängsten ihrer Gegner vor einer spontanen Erhebung der Arbeiter wie in Russland 1905 hielt sie entgegen: *»Wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.«* Luxemburg ironisierte die Befürchtungen ihrer Kritiker, die sagten: *»Ja, haben Sie auch darüber nachgedacht, dass im Fall des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Zügel?«* Ihre Antwort auf dem Parteitag von 1905 lautete: *»Das ist eine Schande für einen Sozialdemokraten (Unruhe.) Die bisherigen Revolutionen [...] haben bewiesen, dass man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muss, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte.«* Was, wenn nicht der drohende Krieg, hätte dieses Mittel gerechtfertigt.

Vor allem die stetig wachsenden Gewerkschaften setzten auf einen reformistischen Kurs, der auf allmähliche Verbesserung der Löhne und politische Gleichberechtigung abzielte. Ihre Vordenker wie Eduard Bernstein hielten den Kapitalismus inzwischen für zu anpassungsfähig, als dass er noch im Rahmen des Klassenkampfs überwunden werden könne. 1915 kam einer ihrer führenden Vertreter nach Bremen und sprach die wegen der englischen Seeblockade eingeführten Brotmarken an. Diese Entscheidung der Regierung wertete er als einen Durchbruch für das überlegene sozialistische Wirtschaftssystem. In der Versammlung kam er damit schlecht an, in Bremen hatte im Gegensatz zum Reich der linke Parteiflügel das Sagen.

Dann sollte der Streit das sozialdeokratische Lager in Bremen wie im Berliner Reichstag trennen. In Bremen begann eine Zeit erbitterter Grabenkämpfe, im Zentrum dieser Auseinandersetzung standen zwei Themen: wie deutlich man sich von der Politik des Burgfriedens distanzierte – und die Parteizeitung, die »Bremer Bürgerzeitung«. Als die reformistischen Redakteure an den Rand gedrängt waren, konterte ihr Flügel brachial. Ohne jede Ankündigung brachte er im Januar 1916 ein eigenes Blättchen heraus, die »Bremische Correspondenz«. Darauf jagte eine »Generalversammlung« die nächste. Die Tagesordnungen waren so umfangreich, dass bis zu sechs Mal vertagt wurde und die Versammlung erst nach zwei Monaten abgeschlossen

Bremische Correspondenz

Nr. 1 | Sonntag, den 9. Januar | 1916

Geleitwort.

Arbeiterpolitik

1. Jahrg. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Nr. 1

Bremen, den 24. Juni 1916.

war. Fast das halbe Jahr über fanden Zusammenkünften im Wochenrhythmus statt. Dabei wurden die meisten Vertreter der Parteirechten aus ihren Ämtern herausgewählt. Nach dem Eklat mit dem Konkurrenzblatt der Rechten besuchten noch 1 000 Sozialdemokraten die Treffen, dann bröckelte die Beteiligung auf mehr oder weniger ein Viertel ab. Die Mehrheit der 14 000 Parteimitglieder erlebte diese Auseinandersetzungen nur vermittelt über Arbeiter, die in ihrem Betrieb als Sozialdemokraten bekannt waren. Auch die Knief-Gruppe startete 1916 ihr eigenes Organ, die »Arbeiterpolitik«. Damit besaß in diesem Jahr jede Richtung ihre eigene Presse.

Dann passierte etwas, was die lange gehegten Hoffnungen der Linken belebte. Der auch in Russland vereinbarte »Burgfrieden« zerbrach im Februar 1917. Die schon im Herbst des Vorjahrs einsetzenden Streiks, Hungerrevolten und Demonstrationen führten zu einem politischen Generalstreik in Petersburg und Moskau, Teile der Garnisonen fraternisierten mit den Demonstranten, am Ende musste der Zar zugunsten eines Nachfolgers abdanken. Neben dem Parlament entstand mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ein zweites Machtzentrum. Damit bestätigten die russischen Ereignisse erneut die Argumente für den politischen Massenstreik.

Die Bremer Auseinandersetzungen waren inzwischen so weit gediehen, dass die Generalversammlung auf Antrag der Knief-Gruppe beschloss, dem Berliner Parteivorstand die Beiträge zu sperren. Nichtsdestotrotz wollte sie weiterhin in der Partei verbleiben. Die Warnung, wer die Beiträge nicht zahle, würde in »jedem Verein« gekündigt, überhörten sie. Auch Henkes Kritik blieb folgenlos. Berlin reagierte prompt, schloss den Bremer Ortsverein aus und gründete einen konformen Ortsverein. Knief und Henke, bis dahin Redakteure der »Bürgerzeitung«, wurde der Stuhl vor die Tür gesetzt. Die neu aufgestellte »Bürgerzeitung» bewertete die »Arbeiterpolitik« so: »Eingelullt in sozialistische Phrasen, zückt sie seit langem den Dolch gegen den Rücken der Arbeiter.«

Henke sah sich gezwungen, jetzt auch die »Bremer Nachrichten« als Forum zu nutzen. Sonst konnten sich die Kriegskritiker nur noch als Redner auf Versammlungen im neuen rechten SPD-Verein Gehör verschaffen. Knief entwickelte sich zum Repräsentanten der »Bremer Linksradikalen«. Henke verließ mit Anderen die SPD-Fraktion des Reichstags und trat Ostern 1917 in die neu entstandene »unabhängige« SPD ein, in dieser USPD gehörte er zum linken Spektrum.

Die »Bremer Linksradikalen« repräsentierten nun den traditionsreichen alten SPD Ortsverein allein. Aber dafür kamen sie nicht mehr an die Vereinskasse und hatten nur noch eine geschrumpfte Basis, die sie vor allem in der Arbeiterschaft der AG Weser fanden.

Ihr Erfolg hatte sie isoliert, im Gegensatz zur »Spartakusgruppe« um Liebknecht und Luxemburg, die sich in dem entscheidenden Jahr 1917 weiter für ein Wirken in der USPD entschieden hatte. Im Herbst 1918 stellten sich ausgehend von der Erhebung der Marine in Kiel »russische Verhältnisse« wie im Petersburger Februar ein. Es war eine Revolution von unten, von der auch die Theoretiker des Massenstreiks überrascht wurden. Die Bremer Voraussetzungen, diese Bewegung für eine soziale Revolution nutzen zu können, standen nicht zum Besten. Was wollten die Arbeiter – nicht nur die bei der AG Weser, die Unorganisierten, die Sozialdemokraten, die nie auf einer Generalversammlung aufgetaucht waren?

Fortsetzung folgt

Margot Müller

Trier, die Stadt der »alten Römer« und von Karl Marx

Porta Nigra in Trier

Trier gilt als älteste Stadt Deutschlands. Sie war schon im Römischen Reich eine Großstadt im damaligen Sinne. Eigentlich war sie die Stadt einer Kolonialmacht auf fremdem eroberten Boden. Dieser Satz wirft sofort die Frage auf, was für ein staatliches Gebilde das Imperium Romanum eigentlich war und ob es »natürliche« Grenzen hatte. War der Rhein eine solche Grenze zu den fremden Germanenstämmen? Gibt es überhaupt natürliche Grenzen zwischen Völkern und Staaten? ›Natürlich‹ nicht; aber wie sind die uns bekannten Grenzen entstanden?

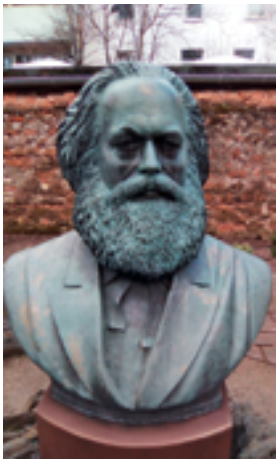
Viele Menschen, die Trier besuchen, werden diese Fragen wahrscheinlich nicht umtreiben. Aber ich finde die Geschichte Triers so faszinierend, gerade weil sie auch sichtbar gegenständlich bis in die römische Antike zurückreicht.

Porta Nigra, das schwarze Tor, war als nördliches Stadttor der Stadt »Augusta Treverorum« gegen 180 v. u. Z. erbaut worden. Dutzende von Malen umgebaut, angebaut, ausgebessert, abgestützt und verändert steht es nach wie vor imponierend vor Einheimischen und Touristen. Ein bleibendes Zeichen römischer Ingenieurkunst. Die Römer haben den Beton erfunden und den Bau des echten Rundbogens zur Perfektion entwickelt. Schon als Kind habe ich im Geschichtsbuch gelesen, wie kunstvoll diese großartigen Bauten errichtet wurden. Und wer hat sie dann Stein auf Stein gebaut? Das waren hauptsächlich Sklaven und plebejische Tagelöhner. Darüber stand nichts in meinem Geschichtsbuch. Ein weiteres Beispiel römischer Baukunst ist die Römerbrücke über die Mosel, die heute noch benutzt wird. Die Autobahnbrücken des 20. Jahrhunderts aus Stahlbeton werden sicher nicht so lange halten.

Kirchen über Kirchen – Trier ist auch heute noch eine tief katholische Stadt, ein Wallfahrtsort und Bischofssitz. Wir haben sie alle von außen und innen besichtigt: Die Konstantin-Basilika, den Dom, die Liebfrauenkirche, Stiftskirchen … Machtvoll streben sie gegen den Himmel. Ihre Ausstattung ist prachtvoll und kunstsinnig. Wenn das Licht durch die hohen Glasfenster fällt, ahnt man etwas von der Frömmigkeit und der Spiritualität des Mittelalters. Ungläubige wie ich denken aber auch an die aus Bauern und Bürgern herausgepressten Steuern, auf denen dieser kirchliche Reichtum beruhte.

Die Mauerreste der Augustusthermen wurden auf einem Gelände von mindestens 80 mal 80 Metern ausgegraben. Thermen bedeutet nicht nur »Badeanstalt«, sondern Sommers wie Winters ein beheiztes öffentliches Bad. Riesige Mengen Holz und Holzkohle wurden in Brennöfen unter den Fußböden verbrannt, und durch Warmluftkanäle wurde das ganze Bad beheizt. Diese schweißtreibende, dreckige Arbeit mussten Sklaven verrichten. Tafeln mit Zeichnungen und schriftlicher Erklärung geben ein gutes Bild von dem Betrieb der Thermen.

Wir schließen uns einer Gruppe mit einem jungen begeisterten Stadtführer an. Er schildert die Bedeutung der römischen Antike als Zeit eines technischen und kulturellen Hochstands. So war die Produktivität der Arbeit höher als während des gesamten Mittelalters und wurde erst während der Renaissance wieder erreicht. Die Nachwirkungen der römischen Kultur sieht man z. B. daran, dass römische Buchstaben und Zahlen noch heute selbstverständlich benutzt werden und in ganz Europa Latein als Sprache der Religion und Wissenschaft gilt.



Marx-Büste im Garten seines Geburtshauses. Foto: Elmar Zenner (Wikimedia)

Die Sklaverei erwähnt er nur einmal am Rande und auch über die Organisation der Landwirtschaft hätte ich gerne mehr erfahren. Dass das römische Bürgerrecht sich nur auf einen Teil der männlichen Einwohner bezog – Frauen, Sklaven, Fremde und Arme waren ausgeschlossen – ist so selbstverständlich, dass es gar nicht erwähnt werden braucht. Ein Urlaub besteht aber nicht nur aus Stadtgeschichte und Kenntniserweiterung, sondern soll auch Erholung und Spaß bringen. Die Erforschung der Trierer Cafés kann nur als voller wissenschaftlicher und kulinarischer Erfolg gewertet werden. Die doppelstöckige Trierer Apfeltorte mit großer Sahneportion – hmmm!

Ausstellungsraum im Karl-Marx-Museum

Meine Freundin und ich wohnen in einem Hotel in der eng bebauten Altstadt. Wie die anderen Sehenswürdigkeiten sind auch die Karl-Marx-Straße, die zur Brücke über die Mosel führt, und das Karl-Marx-Haus in der Brückenstraße 10 fußläufig zu erreichen. In diesem Haus wurde er am 5. Mai 1818 geboren, verbrachte hier nur seine ersten Lebensjahre. Dann zog die Familie um. Sein Geburtshaus wird heute von der Friedrich-Ebert-Stiftung (ausgerechnet!) als Museum geführt. Zu seinem 200sten Geburtstag in diesem Jahr soll es eine umfangreiche Sonderausstellung geben.

Das Haus wurde zur Barockzeit erbaut und ist stilvoll erhalten. Es ist hell gestrichen und von außen nichts Revolutionäres an ihm zu erkennen. Wunderschön ist der Garten, wieder bepflanzt und gestaltet wie zu Marx' Zeit. Er zeugt von Wohlstand, denn zur Zeit der Stadtmauern waren innerstädtische Grundstücke genau wie heute sehr teuer.

Die Ausstellung ist guter fachlicher Durchschnitt. Daten, Fotos, die Eltern, Jenny, die Kinder, ein Bild von seinem festen Platz in der britischen Nationalbibliothek usw. Für mich am aufschlussreichsten waren die ausgestellten Originalschriftstücke von Marx. Man sieht den Blättern an, dass Marx immer in Eile, mit dem versprochenen Abgabetermin im Nacken, seine Texte verfasst hat. Er hatte wahrhaftig – ja, ich weiß, ich drücke mich respektlos aus – eine so genannte »Sauklaue«, teilweise unleserlich. Da auch Verleger und Drucker seine Schrift nur schwer entziffern konnten, musste seine Frau Jenny alle Texte sauber abschreiben, ehe sie in Druck gingen. Nach seinem Tod hatte Friedrich Engels große Probleme, die Notizen seines Freundes zu Band II und III des Kapitals zusammen zu stellen. Bis heute forschen Wissenschaftler darüber nach, welche Worte denn an bestimmten Stellen die echte, wirkliche Urfassung sind.

Der Versuch Karl Marx' gewaltiges Werk in einem Zeitungsartikel zu beschreiben, wäre so vergeblich wie lächerlich. Deshalb nur ein ganz kurzes Zitat, das aber trotzdem als Lebensmotto taugt: »Doubt everything!« – »Zweifle an allem!«

Gleich neben dem Museum ist ein kleiner Laden, in dem sich der reale Kapitalismus im Kleinformat austobt: Marx-Porträts auf T-Shirts, Stoffbeuteln, Postkarten, Mützen und Notizheften. Marx-Tassen, Teller und Wandbilder. Und dazwischen einige Sachen, die so abenteuerlich kitschig sind, dass sie schon wieder originell wirken. Z. B. eine kleine Marx-Büste, als Spardose gearbeitet. »Das Kapital« steht auf dem Sockel. Ich gestehe, ich habe sie gekauft. Sie steht bei mir zu Hause im Bücherregal – in der revolutionären Abteilung. – Nach vier Tagen Trier bei sonnigem Wetter sitzen wir entspannt im Zug zurück nach Bremen und sind so zufrieden mit der Welt, wie man im Kapitalismus überhaupt sein kann.

Dieser kleine Urlaub fand im Sommer 2017 statt. Zurzeit ist das Museum im Karl-Marx-Haus geschlossen. Es wird eine neue Dauerausstellung aufgebaut – sie soll Marx' Leben, seine Ideen und ihre Wirkungsgeschichte bis in das 21. Jahrhundert zeigen. Ab dem ***5. Mai 2018,*** *seinem 200. Geburtstag, ist das Museum wieder für alle Interessierten geöffnet. Unter dem Motto »Karl Marx ist überall in Trier« versuchen auch andere Museen, Zeitungen, Radio- und TV-Sender, Cafés, Hotels und alle, die noch eine gute Vermarktungsidee zum »Jubiläumsjahr« haben, etwas von dem Geschäft abzubekommen.*

Bettina Weise

Italien … auf in ein neues Abenteuer

Ich habe einen Beitrag im Internet gelesen, und da stand: »Wir müssen ja sowieso denken, warum dann nicht gleich positiv« oder so ähnlich. Darum fiel meine Wahl auf das Wort »Abenteuer«. Es ist nicht so negativ bestückt.

3. März: Morgen gehen die Italiener wählen – das kleinere Übel?
Kommentar eines Nicht-5-Sterne-Anhängers: »Ich fänd's saugut, wenn die ›5-Sterne‹ drankämen. Dann sehen wir gleich, wie da die Luft rausgeht, was für ein inkompetentes Volk das ist.« Laut Umfragen sind die Aussichten für die populistische Protestpartei jedoch rosig: Sie wird wohl mehr Stimmen als andere bekommen. Ob, wie und wann diese Partei konsequent umsetzt, was sie im Wahlkampf versprochen hat, das steht in den Sternen. In Sachen Europa zum Beispiel ist sie ein Wackelkandidat: Was denn nun, raus oder rein?

Was wird uns das Rosatellum, das neue Wahlgesetz, bescheren?
Zwei Drittel der Sitze in den beiden Parlamentskammern werden nach dem Verhältnismodus vergeben. Das restliche Drittel wird nach dem Mehrheitsmodus in Einerwahlkreisen bestimmt. Mit 40 Prozent der Stimmen ist nach Errechnung der Wahlexperten für eine Partei oder eine Koalition eine Regierungsmehrheit erreicht.
Für alles, was links bis Mitte angesiedelt ist, besteht nach der Ära Renzi keine Chance. Im Rechtsbündnis, wen sieht man da wieder: Berlusconi, mittlerweile 81 Jahre alt. Nur Regierungschef kann er nicht wieder werden, weil er einem Ämterbann untersteht.
Aber gut, ich schreibe morgen weiter.

4. März: Wer nach dem Namen geht …
wird beglückt durch phantasievolle Parteinamen wie *Die Freien und Gleichen* oder *Macht dem Volke*. Vielleicht hilft das ja bei der Entscheidung (wie die Illustration auf dem Buchdeckel, wenn man ein Buch aussucht).
Wer nicht gut aufgepasst hat bei der Erklärung zum Ausfüllen des Stimmzettels, der könnte noch ungewollt zum *Nichtwähler* werden. Neues Wahlgesetz, neuer Stimmzettel! Wer strategisch wählt, der wählt nicht *für*, sondern *gegen* Ultrarechts (beispielsweise).

5. März: Die 5-Sterne-Bewegung ist mehr als zufrieden, die vom Linksbündnis sind sprachlos und in der rechten Hälfte, da hat Salvini (der Mann von der fremdenfeindlichen Lega mit seinen wahnwitzigen Vorschlägen, die fast schon ins Ulkige abdriften) richtig Lust auf einen Einstand

bekommen. Was nun? Wem übergibt Staatspräsident Sergio Mattarella den Auftrag zur Regierungsbildung?

6. März: Die Italiener, der Mann und die Frau von Nebenan, die Kassiererin im Supermarkt oder die Kollegen am Arbeitsplatz verhalten sich wie immer. War dieser Wahlausgang also doch nichts Besonderes? Oder sind sie einfach hart im Nehmen und machen weiter wie bisher, kümmern sich mehr um das Eigene und wenig um das allen Gemeinsame?

7. März: Hat es überhaupt eine Wahl gegeben? –
Ja schon – aber Abwarten ist die Devise!

Später kann man lamentieren, wenn man »nichts vom Kuchen abbekommt« – wenn die Gewählten es immer wieder aufschieben, etwas für Arbeitslose, Jugendliche, Rentner, Zeitarbeiter, Kleinunternehmer, Frauen … und alle anderen politisch uninteressanten Gruppen zu tun. Von Flüchtlingen will ich gar nicht erst reden.

Fakt ist, dass Italien sich für Protest (5-Sterne-Bewegung, d. h. Populismus mit Rechtsdrall) und auf der anderen Seite für Nationalismus und Fremdenhass (für die rechtsextreme Lega) entschieden hat.

Genauso wie es Fakt war, dass Amerika Trump gewählt hat – und das mit Absicht.

Eva Schöck-Quinteros / Reiner Meissner

Grund der Ausweisung: »Lästiger Ausländer«

Seit 2007 bringen Studierende der Universität Bremen und SchauspielerInnen der bremer shakespeare company Themen aus dem 20. Jahrhundert auf die Bühne. Sie bringen Texte aus vermeintlich verstaubten Akten in einer szenischen Lesung zum Sprechen.

Das Konzept für dieses Projekt entwickelte die Historikerin Dr. Eva Schöck-Quinteros von der Universität Bremen. Im Rahmen eines »Forschenden Lernens« recherchieren Studierende zwei Semester vor allem im Staatsarchiv Bremen, aber auch in anderen Archiven, zum Beispiel im Bundesarchiv Berlin. Die Ergebnisse dieser Forschungen bilden die Grundlage für die künstlerische Umsetzung in Form einer szenischen Lesung durch die bremer shakespeare company unter der Leitung von Peter Lüchinger.

Bisherige Projekte:
Gegenstand des ersten Projektes waren die Ausweisungen von »lästigen Ausländern« während der Zeit der Weimarer Republik.

In einem weiteren Projekt »Aus Gründen der inneren Sicherheit des Staates« wurde das Schicksal (Ausweisung, Verfolgung, Ermordung) des Bremer Arbeiters Johann Geusendam (1886–1945) rekonstruiert.

In »Der Fall Kolomak« wird ein Bremer Sittenskandal (Kuppelei) nachgezeichnet und ein Einblick in die gesellschaftlichen Verhältnisse der 1920er Jahre, in die Reaktion des Senats und der bürgerlichen Parteien auf das veränderte Geschlechterverhältnis gegeben.

Durch die Feldpostbriefe (»Ich will Dir so ein bisschen die Wahrheit schreiben«) des Bremer Kaufmanns Hermann Gieschen werden die verbrecherischen Aktionen des Polizeibataillons 105 zwischen 1941 und 1945 dokumentiert.

In der szenischen Lesung »Was verstehen wir Frauen auch von Politik« geht es um Entnazifizierungsverfahren gegen »ganz normale Frauen« in Bremen zwischen 1945 und 1952. In einem weiteren Projekt wird der Lebensweg von Margarete Ries vom »asozialen«

Häftling in Ravensbrück zum Kapo im Konzentrationslager Auschwitz dargestellt (»Im Lager hat man auch mich zum Verbrecher gemacht«).

In »Eine Stadt im Krieg: Bremen 1914 bis 1918« wird der Alltag an der »Heimatfront« in Bremen auf die Bühne gebracht. In einer weiteren szenischen Lesung »Wie glücklich müssen wir sein, den Krieg nicht im Lande zu haben« wird an Hand von Feldpostbriefen gezeigt, welche Kriegswahrnehmung es zwischen individuellem Erleben und patriotischem Wir-Gefühl gab.

Im Mittelpunkt der szenischen Lesung »Der Konkurs der NORDWOLLE und die Bankenkrise 1931« stehen Prunk und Pleite der berühmten Unternehmerdynastie Lahusen, die im heutigen Haus des Reichs (Finanzamt) residierte.

In »Bremen – Eine Stadt der Kolonien« geht es um die koloniale Vergangenheit Bremens und um die Frage, welche Interessen Männer und Frauen nach Afrika geführt haben, und wie das Bürgertum auf den Verlust der Kolonien 1919 reagierte .

Aktuell wird die szenische Lesung »Staatsschutz Treuepflicht Berufsverbot« im Theater am Leibnizplatz auf die Bühne gebracht. Es geht um die Ursachen und Folgen des Radikalenbeschlusses in den 1970er Jahren.

Im Mai / Juni 2018 wird es weitere Aufführungstermine geben. Achtet bitte auf den Spielplan der bremer shakespeare company.

Aus den Akten … in die Schulen!
Seit 2007 haben viele Schulklassen szenische Lesungen des Projekts »Aus den Akten auf die Bühne« besucht. Das Quellenmaterial wird auch für den Unterricht und die Weiterbildung der Lehrer angeboten.

Dr. Eva Schöck-Quinteros

Veröffentlichungen
Zu den szenischen Lesungen sind bisher 11 Begleitbände und 2 DVDs erschienen. Auf der Internetseite *www.sprechende-akten.de* findet ihr ein Verzeichnis der Veröffentlichungen und weitere Informationen über das Projekt. Alle Veröffentlichungen sind auch über den Buchhandel erhältlich.

Beim nächsten Projekt geht es um »150 Jahre Polarforschung in Bremen/Bremerhaven«. Premiere der szenischen Lesung wird am 23. Mai 2018 im Deutschen Schifffahrtsmuseum Bremerhaven sein. Premiere in Bremen ist am 28. Mai 2018 im Theater am Leibnizplatz. Zu diesem und einem weiteren Projekt zur Bremer Räterepublik wird es in der nächsten WIR-Ausgabe ein Interview mit Dr. Eva Schöck-Quinteros geben.

Treffen gewerkschaftlicher SeniorInnen-Gruppen in Bremen

IG Metall Senioren-Arbeitskreis:	Jeden 1. Mittwoch im Monat, jeweils 9:00 bis 12:00 Uhr im DGB-Haus, Großer Saal (EG)
ver.di Ortsverein Bremen	Jeden 2. Donnerstag im Monat, jeweils 14:00 bis 16:00 Uhr im DGB-Haus, Tivoli-Saal (Raumänderungen möglich)
GEW Bremen	Jeden 2. Dienstag im Monat, jeweils 10:00 bis 12:00 Uhr im DGB-Haus in der GEW-Geschäftsstelle
NGG Seniorengruppe	Jeden 1. Montag im Monat, jeweils ab 10:00 Uhr im DGB-Haus, Tivoli-Saal

Traudel Kassel

Was wird aus dem »kleinen gallischen Dorf« Holsteiner Straße?

Foto oben: Protest vor der Bürgerschaft am 7. März 2017

In der Holsteiner Straße wird es Ernst. Baumstümpfe ragen in die Luft, Sträucher sind zusammengekarrt, in einem großen Container stapeln sich die Reste von Pflastersteinen. Bagger stehen bereit, ein erster Bauzaun trennt die nackten Siedlungshäuser von dem letzten Block, in dem noch eine große Familie lebt und Kinder auf dem großen Freigelände spielen.

Über ein Jahr ist es her, dass schon einmal Bagger angerollt waren, Gärten, Hecken, Zäune und Nebengebäude plattgemacht hatten. Da hatte die Bürgerschaftsmehrheit der Vonovia gerade grünes Licht für den Abriss der Schlichtbau-Siedlungen Holsteiner Straße und Sacksdamm gegeben. Ohne jede Auflage für die Eigentümerin hatte sie damit der Vertreibung der Bewohner aus ihrem Zuhause zugestimmt. Kein Rückkehrrecht in die neu entstehenden Wohnungen oder eine Entschädigung für eigene Investitionen und den Verlust ihres Lebensraumes hatten die Abgeordneten den teilweise jahrzehntelangen Bewohnern zugestanden.

Da hatte die Vonovia schon über ein Jahr lang versucht die Mieter zum Auszug zu zu bewegen, um im aufstrebenden Walle hochpreisige Neubauten zu errichten. Schon jahrelang waren dort leerstehende Wohnungen nicht mehr neu vermietet worden. Aber die Rechnung ging nicht auf: Das kleine gallische Dorf hatte sich widersetzt und dabei die Unterstützung vom Beirat Walle, vom Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen und etlichen anderen Menschen erfahren. Eine Unterschriftensammlung, das große Nachbarschaftsfest im Mai 2016, wiederholte Veröffentlichungen in verschiedenen Medien, Aktionen in der Deputation und vor der Bürgerschaft folgten. Zuletzt hatte am 2. November 2017 der Beirat Walle der Vonovia für ihre Neubaupläne die Zustimmung verweigert, solange es keine gütliche Einigung mit den Mietparteien gibt. Nach und nach haben etliche Einzelpersonen und Familien dem Druck nachgegeben und Angebote der Vonovia angenommen, den letzten Familien wurde gekündigt. Das gallische Dorf wurde kleiner.

Inzwischen sind alle Mietparteien bis auf Famillie Hacıkerimoğlu in andere Wohnungen umgezogen. Sie haben teilweise jahrzehntelang in dieser Siedlung gelebt oder sind wie Adem Hacıkerimoğlu vor 38 Jahren hier geboren. Er hat für seine Großfamilie mit sieben Kindern und Großmutter der Kündigung widersprochen und verteidigt das kleine gallische Dorf weiter. Es geht der Familie ja nicht nur um die einfache Wohnung, sondern um den Lebensraum, der den Kindern das Halten von Kaninchen und gefahrloses Spielen ermöglicht, ohne jemanden zu stören. Zahlreiche Besucher finden sich seit jeher draußen zum Tee oder zum Grillen ein. Welche Wohnung kann solche Bedingungen bieten?

Dazu kommt: Bisher ist die Familie mit sieben Kindern und nur einem Verdiener stolz darauf, ohne öffentliche Unterstützung auszukommen. Das soll auch so bleiben. Der Familie wurden von der Vonovia bisher nur Wohnungen in einer Preislage angeboten, die sie zu Hartz-IV-Empfängern machen würde.

Dabei wäre es der reichen Vonovia ein Leichtes, für eine Wohnung die Miete so zu senken, dass sie bezahlbar wird, oder die Finanzierung eines kleinen Häuschens zu ermöglichen. Gegenüber dem Weser Kurier hat Vonovia betont, dass sie trotz des bevorstehenden Rechtsstreits weiterhin an einer konstruktiven Übereinkunft mit der Familie interessiert ist. Jetzt hat Vonovia aber Räumungsklage eingereicht. Von einer einvernehmlichen Lösung mit allen Mietparteien hatte es auch der Beirat Walle abhängig gemacht, ob er den Bauplänen der Vonovia zustimmt.

Der Verlust der Heimat Holsteiner Straße bliebe in jedem Fall. Die gute Nachbarschaft, das sich umeinander Kümmern, die Gärten mit den besonderen Weinreben für gefüllte Weinblätter blieben unwiederbringlich verloren. Von den ausgezogenen Mietern kommen einige immer noch vorbei. Sie können sich nicht ohne Weiteres trennen. Wer das Angebot der Vonovia zum Umzug in die Reiherstraße angenommen hat, den erwartet eine neue Verdrängung, wenn das Gelände – wie von Vonovia angekündigt – an einen Investor verkauft wird.

Die Heimat Holsteiner Straße geht verloren: vorher – nachher (Abrissvorbereitungen)

Familie Hacıkerimoğlu jedenfalls will bleiben und kann sich in diesem Bestreben auf die Unterstützung durch den Beirat Walle und das Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen sowie viele andere Menschen verlassen. Die braucht das »kleine gallische Dorf« auch in der Auseinandersetzung mit »Cäsar« Vonovia.

Familie Hacıkerimoğlu 2016 – mit damals noch sechs Kindern

Impressum

Die Zeitung wird gefördert durch GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

Herausgeber & Kontakt

Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22–28, 28195 Bremen

Redaktion

Wolfgang Bielenberg (GEW), Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening, Gerd Bohling (IGM), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Traudel Kassel, Margot Müller, Günther Wesemann, Bernd Krause, Brigitte Wilkening, Reiner Meissner (ver.di)

Gestaltung und Herstellung
taips. Bremen

V. i. S. d. P.: Manfred Weule

Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben
Tel. 0421 / 960 89 12 | wir@aulbremen.de

1. Mai 2018 in Bremen, Bremen-Nord

Vielfalt Rockt!
auf dem Domshof
30.04., 20:00

10:15 – 10:45 Sammeln am Weserstadion

Grußwort: Dr. Hubertus Hess-Grunewald

Präsident Werder Bremen

12:05 Kundgebung auf dem Domshof

Annette Düring DGB-Vorsitzende Bremen

Dietmar Schilff Stellv. Bundesvorstand der GdP

Ronja Senger JAV Airbus Operations

13:30 1. Mai-Fest mit Freaks Dynamite

+ Street Food, fairem Kaffee und vielem mehr

+ für Kinder: Aktionsstände + Ballontiere

+ T-Shirt selber gestalten mit der DGB Jugend

+ der JAV von Arcelor Mittal

V.i.S.d.P.: DGB Bremen-Elbe-Weser, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

1. Mai in Bremen-Nord

10:00 DGB lädt ein zu

Frühstück & Klönschnack

auf dem Sedanplatz

10:30 Kundgebung

Michael Gerdes
IG Metall Bremen

Ina von Bötticher
Vorstandsmitglied der GEW Bremen

Vertrauenskörper Lüerssen

11:15 Gemeinsam mit dem Bus
zur Kundgebung Bremen- Domshof

www.bremen.dgb.de
V.i.S.d.P.: DGB Bremen-Elbe-Weser, Daniela Teppich, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

und in Bremerhaven

10.00 Uhr **Demonstration**
Treffpunkt: **„Gewerkschaftshaus", Hinrich-Schmalfeldt-Straße**

11.00 Uhr **Kundgebung „Große Kirche", Bremerhaven „Bürger"**

12.00 Uhr **Maifest vor der „Großen Kirche"**

Redner: **Lutz Bock**, DGB-Stadtverband Bremerhaven

Meinhard Geiken
Bezirksleiter IG Metall Küste

Cem Cadirci, Kurdisch-Deutscher-Gemeinschaftsverein,
für die Migranten/innen

Nadja Korch und Robin Söhn, verdi,
für die Jugend

MAIFEST **DELICIOUS DEVINE**
Tanz und Musik befreundeter Folkloregruppen

ab 11.00 Uhr **Kinderbetreuung durch Schülerinnen der BBS Sophie Scholl**

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Mitwirkende:
Arbeitnehmerkammer Bremen, Verein für Gleiche Rechte, BBS Sophie Scholl, Verein spanischer Familien, Verein portugiesischer Arbeitnehmer, Alevitischer Kulturverein, ACE, Solidaritätsverein, BBU, Kulturbüro Bremerhaven, Demokratisches Migrantenforum, AG Christlicher Kirchen, Bremerhavener Tafel, Kurdisch-Deutscher Gemeinschaftsverein

V.i.S.d.P. Deutscher Gewerkschaftsbund Bremen-Elbe-Weser, Gst. Bremerhaven, Hinrich-Schmalfeldt-Str. 91 b